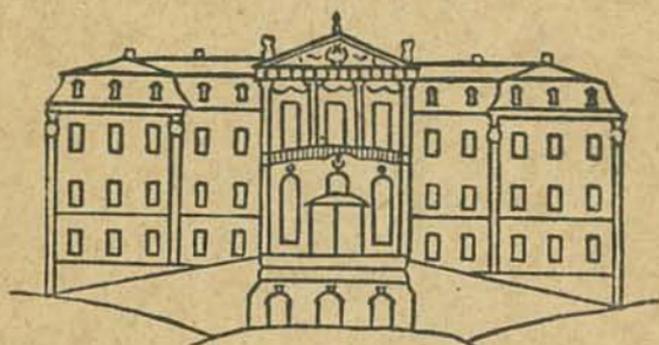


Hefte aus Burgscheidungen

Alwin Schaper

Otto Nuschke und seine Zeit

Politik aus dem Geschichtserlebnis des 20. Jahrhunderts



92

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte „Otto Nuschke“
in Verbindung mit der Parteileitung der CDU

Hefte aus Burgscheidungen

Alwin Schaper

Otto Nuschke und seine Zeit

Politik aus dem Geschichtserlebnis des 20. Jahrhunderts

1963

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte „Otto Nuschke“
in Verbindung mit der Parteileitung der CDU

Darin besteht das Wesen des politischen Vermächtnisses, das uns Otto Nuschke hinterlassen hat und das zu bewahren wir die Verpflichtung haben: In jedem Moment, zur Zeit großer politischer Entscheidungen und im Alltag, zu erkennen, wohin wir gehören; in jedem Moment so zu handeln, daß wir vor unserm Volk bestehen können; unseren politischen Kampf so zu orientieren, daß wir den demokratischen Kräften unseres Volkes, an ihrer Spitze der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, helfen, den Sieg des Neuen über das Alte, den Triumph des Sozialismus herbeizuführen. Wenn wir so handeln, halten wir den Direktiven unseres Freundes und Lehrers Otto Nuschke die Treue.

Gerald Götting, Der Christ sagt ja zum Sozialismus, S. 185

Inhalt

Vorwärtsschreitend gedenken wir seiner	6
I. Jahre der Vorbereitung	
1. Der Weg in den Journalismus	
Völker, überhört nicht wieder die Signale!	7
Imperialismus ohne Maske	8
Von Frohburg nach Marburg	9
Ein politisches Bekenntnis	10
Klärende Auseinandersetzungen	11
2. Debut vor den Wählern	
Der erste Wahlkampf	14
Die „Hottentottenwahlen“ — eine unauslöschliche Erinnerung	16
... aber meine Untertanen wollen immer selber denken	17
Kritik an der preußischen Verwaltungspraxis	18
3. An der Seite der Arbeiterklasse	
In Berlin	19
Ressentiments gehen über Bord	20
Begegnung mit Karl Liebknecht	21
Im Kampf gegen Pressezensur und Lüge	23
4. Erfahrungen in der Weimarer Republik	
Mitglied der Nationalversammlung	26
Der Kapp-Putsch	29
Deutsch-sowjetische Freundschaft — ein altes Herzensanliegen	32
Der Todesweg der bürgerlichen Presse	35
Rapallo — ein Signal, das Hoffnung erweckte	36
Dieser Nuschke ist zuviel	37
Auge in Auge mit dem Faschismus	37
II. Staatsmann und Parteiführer	
Erneuerung der Welt im Geist des Sozialismus	41
Die erste und wichtigste Lehre der deutschen Geschichte	44
Auch der Pressemensch ist ein Soldat	47
Im Dienste des Volksstaates	48
Auf dem Höhepunkt	50
Friedensbewegung wird zur Aktionsgemeinschaft ..	53
Den Anfängen wehren	53
Staat und Kirche	54

Vorwärtsschreitend gedenken wir seiner

Als der Hauptvorstand der Christlich-Demokratischen Union am 7. Januar 1958 seine Gedenkfeier für Otto Nuschke veranstaltete, nahm er Abschied von ihm als dem Lehrer und Vater unserer Partei. Prägnant fassen beide Worte zusammen, was Otto Nuschke uns bedeutet.

Groß geworden in einem Geschichtserlebnis, wie es in dieser Totalität und Eindringlichkeit kaum einer Generation vor uns zuteil geworden ist, hat Otto Nuschke in kämpferischer Auseinandersetzung mit den Grundfragen des deutschen Daseins die Gründe für unsere heutige Politik lange vor 1945 vorerlebt.

In dieser Entwicklung distanzierte er sich von den Imperialisten und Reaktionären des wilhelminischen Zeitalters, setzte er sich für eine deutsche Demokratie ein, unterstützte er das, was geeignet war, ein einheitliches Auftreten der gesamten Linken zu ermöglichen, also die Linksparteien aktiv zu machen.

„Er zog die Lehren aus der deutschen Geschichte und trat darum unermüdlich für die Einheit der antifaschistisch-demokratischen Kräfte ein“, konnte das Zentralkomitee der SED in seinem Nachruf für Otto Nuschke anerkennend feststellen.

Otto Nuschke gehört zu den Politikern, die sowohl vor 1914 als auch in den Jahren vor 1933 die Gefahren, die auf Deutschland zukamen, erkannt hatten und bemüht waren, sie abzuwenden. Dennoch konnte dem Krieg, dessen gefährliches Ausmaß zeitig genug Friedrich Engels sowohl als auch August Bebel vorausgesagt hatten, nicht gewehrt werden, weil die dafür erforderliche Einheit der demokratischen Kräfte noch fehlte.

In dem Geschichtserlebnis Otto Nuschkes zwischen 1883, dem Jahr seiner Geburt, und dem Einbruch der faschistischen Barbarei 1933 werden bereits viele der Elemente sichtbar, die später in der Deutschen Demokratischen Republik sein Wirken als Staatsmann und Parteiführer bestimmt haben.

Vor 1933 galt die Arbeit Otto Nuschkes der Aufklärung, nach 1945 vor allem der Mitarbeit an der Neugestaltung Deutschlands.

Handelnd und beispielgebend, eng verbunden mit den fortschrittlichen Christen auch in anderen Weltteilen, formte Otto Nuschke in Gemeinschaft mit anderen namhaften Vorkämpfern für eine fortschrittliche Entwicklung die Christlich-Demokratische Union, gab er unserer Partei das Gesetz für eine erfolgreiche Wirksamkeit, trug er dazu bei, der christlichen Bevölkerung unserer Republik insgesamt die Perspektive für die christliche Existenz im Sozialismus zu eröffnen.

Im Geist Otto Nuschkes handeln heißt, vorwärtsschreitend seiner gedenken, wie es Gerald Götting in den Tagen der Trauer formuliert hat.

I. Jahre der Vorbereitung

1. Der Weg in den Journalismus

Völker, überhört nicht wieder die Signale!

Im Herbst 1957 weilte Otto Nuschke anlässlich des 40. Jahrestags der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution zum letzten Male in Moskau. In einer Ansprache im Lenin-Stadion zu Füßen der Lomonossow-Universität legte er, schöpfend aus den reichen Erfahrungen seiner politischen Arbeit, hoffend auf eine glücklichere Zukunft für alle, das Bekenntnis ab:

„Von hier aus geht heute ein neuer ‚Ruf an Alle‘ in die Welt: Völker! Überhört nicht wieder die Signale! Schafft den Frieden, die friedliche Koexistenz, das Verbot und die Vernichtung der Atomwaffen. Zwingt die Regierungen der Länder zu Verträgen über die kollektive Sicherheit und zur wirklichen Abrüstung, wie sie die Sowjetunion vorgeschlagen hat.“

Und in diesem Appell gipfelt auch das Vermächtnis Otto Nuschkes.

Als Otto Nuschke am 23. Februar 1883 in einer deutschen Kleinstadt, Frohburg, in der Amtshauptmannschaft Bautzen, das Licht der Welt erblickte, sah er sich in eine Zeit hineingestellt, in der ebenfalls, laut und vernehmlich, Signale in die Welt ergingen, die Völker warnend und aufrüttelnd.

Es war jene Zeit, in der die deutsche Bourgeoisie noch stolz darauf war, „gerade noch vor Toresschluß“ den Zugang zur „Weltpolitik“ gefunden zu haben.

So setzte man die Machtpolitik Bismarcks fort. Freilich ohne den Realismus dieses Kanzlers, unter dessen Händen zwar das Deutsche Reich „statt aus einer demokratischen Volksbewegung als Ergebnis dreier Kriege“ entstanden ist, dem jedoch in den letzten Jahren seines Lebens deutlich bewußt geworden war, daß Deutschland von Kriegen nichts zu erhoffen hatte, und der dementsprechend das Reich als saturiert betrachtete.

„Bismarcks Aufgabe und Meisterschaft“, so schrieb Paul Rohrbach — ein Deutschbalte aus dem Kreis um Friedrich Naumann, während des ersten Weltkriegs ein eifriger Verfechter des Annexionsgedankens — in seinem 1903 erschienenen Buch „Deutschland unter den Weltvölkern“, „lag in der Europapolitik; was wir aber heute treiben müssen, ist Erdkreispolitik, Weltpolitik. Von einem Sättigungszustande Deutschlands nach dieser veränderten Richtung zu sprechen ist unter allen Umständen Torheit.“

So völlig konnten damals die Signale der Zeit überhört werden! Von einer Regierung, die der „Weltpolitik“ verhaftet, Territorien fern dem Reich als Interessengebiet deklarierte, — aber auch von den Parteien, die diese Regierung gewähren

ließen. Es ist daher auch unverständlich, wie Gerhard Ritter in seinem 1962 erschienenen Buch „Das deutsche Problem“ die Meinung vertreten kann, Weltpolitik sei damals in Deutschland nur von Schwärmern betrieben worden, jedoch keine deutsche Realität gewesen.

Katastrophale Folgen hatte das für Europa in seiner Gesamtheit charakteristische Überhören der Signale vor allem für Deutschland.

„Die ökonomische und territoriale Aufteilung der Welt in Kolonien, Kapitalanlagesphären, Absatzmärkte usw. war längst abgeschlossen. Der deutsche Imperialismus fühlte sich vom ‚Platz an der Sonne‘ ausgeschlossen. So verschärfte sich um die Jahrhundertwende der Widerspruch zwischen der großen ökonomischen und politischen Macht des deutschen Imperialismus auf der einen und seiner geringen Beteiligung an der ökonomischen und territorialen Aufteilung der Welt auf der anderen Seite.“ (Nationales Dokument)

Imperialismus ohne Maske

Kennzeichnend für den Geist dieser Zeit, zeitlos gültig für das Wesen des Imperialismus überhaupt, ist ein berühmter Artikel, der am 11. September 1897 von der Londoner Zeitschrift „Saturday Review“ veröffentlicht worden ist. Unter Anspielung auf den bedrohlich verschärften Interessenkonflikt zwischen den englischen und den deutschen Imperialisten hieß es darin:

„In Europa gibt es gegenwärtig zwei große unversöhnliche, entgegengesetzte Kräfte, zwei große Nationen, die die ganze Welt zu ihrer Domäne machen und von ihr Handelstribut einreiben möchten: England und Deutschland, wetteifernd miteinander in jedem Winkel des Erdballs. In Transvaal, am Kap, in Mittelfrika, in Indien, in Ostasien, auf den Inseln der Südsee und im fernen Nordwesten, überall, wo die Flagge der Bibel und der Handel der Flagge gefolgt ist, da hat der deutsche Handlungsreisende mit dem englischen Hausierer gestritten. Wo ein Bergwerk auszubauen, wo eine Bahn zu bauen ist, wo es sich darum handelt, Brotesser zum Genuß von Büchsenfleisch zu bekehren und von der Enthaltbarkeit zum Handelschnaps überzuleiten, da suchen Deutsche und Engländer einander vorzuzukommen. Eine Million kleiner Nörgeleien schaffen den größten Kriegsfall, den es jemals in der Welt gegeben hat.“

Wenn Deutschland morgen aus der Welt vertilgt würde, gäbe es keinen Engländer, der übermorgen nicht um so reicher wäre. Völker haben um eine Stadt oder um das Recht der Erbfolge lange Kriege geführt; sollten sie nicht um 250 Millionen Pfund jährlichen Handelsumsatzes fechten? ... Germaniam esse delendam.“

In diesem ungeheuerlichen Bekenntnis, dem sich ähnliche Aussprüche aus deutschen oder anderen Quellen beliebig an die Seite stellen ließen, haben wir den Imperialismus ohne

Maske vor uns. Diesen Imperialismus haben damals die großen Mächte allesamt vertreten! Aus dieser Geisteshaltung heraus hatte England in den Jahren zwischen der Geburt Otto Nuschkes und der Jahrhundertwende seinen Kolonialbesitz um 3,7 Millionen Quadratmeilen mit 57 Millionen Bewohnern vergrößert, Frankreich um 3,6 Millionen Quadratmeilen mit 36 Millionen Menschen, Deutschland um 1 Million Quadratmeilen und 16,7 Millionen Einwohner, während es gleichzeitig die britische Industrie auf den Weltmärkten überflügelt hatte. Das zaristische Rußland hatte unterdes die Mandchurei eingesteckt, und die Vereinigten Staaten, deren Grenze bei der Unabhängigkeitserklärung der Mississippi gebildet hatte, waren weit darüber hinaus bis mitten in den Pazifik nach Hawaii und den Philippinen vorgestoßen.

So hatten die Länder, „die von 1789 bis 1871 im Kampf um die Freiheit zum größten Teil an der Spitze der übrigen Völker standen, sich nunmehr auf dem Boden des hochentwickelten und überreifen Kapitalismus in Unterdrücker und Beherrscher der Mehrheit aller Erdbewohner und aller Nationen der Welt verwandelt.“ (Lenin, Sozialismus und Krieg, 1915.)

Denn die Besitznahme dieser Gebiete erfolgte „mit Feuer und Schwert“ und war für die Opfer dieser Politik mit Ausbeutung, Betrug und Mißhandlung verbunden, für die Kolonialmächte selbst mit gefährlichen internationalen Spannungen und der in immer kürzeren Abständen sich wiederholenden Gefahr des Ausbruchs eines Weltkriegs.

Aber: die Aussicht auf ein Plus an Gewinn, auf ein Mehr von 250 Millionen Pfund im jährlichen Handelsumsatz, war ausreichend, um in den Augen der Propagandisten des Imperialismus jeden Krieg zu „rechtfertigen“, damit aber auch die Aufopferung von Millionen Menschen für den Profit!

Von Frohburg nach Marburg

In diesem Wetterleuchten vor dem Ausbruch des ersten Weltkriegs wuchs Otto Nuschke als Sohn des Herausgebers des „Frohburger Wochenblatts“ heran. Damals, als der Rundfunk und das Fernsehen noch nicht existierten, waren die kleinen Zeitungsdruckereien im Lande, die immerhin 70 Prozent der gesamten Presse Deutschlands umfaßten und vielfach mit Matern arbeiteten, die von Berlin aus Nachrichten und Kommentare gießfertig ins Haus lieferten, die ersten im Ort, die von den Vorgängen in der großen Welt Kenntnis erhielten und diese Nachrichten gelegentlich als Vorschau auf die nächste Ausgabe im Schaukasten anbrachten.

So gewann Otto Nuschke gewissermaßen schon im Elternhaus ein engeres Verhältnis zum politischen Geschehen. Er studierte fleißig die täglichen Nachrichten und verglich das Gelesene mit den Beobachtungen, die ihm in einer Stadt mög-

lich waren, die durch ihre Textilbetriebe und den benachbarten Braunkohlenbergbau an der aufstrebenden kapitalistischen Industrie als auch durch die Bauernhöfe in ihrer Gemarkung an der Landwirtschaft beteiligt war.

Zeitig erwachte dabei in Otto Nuschke das Verständnis für die soziale Frage und für die Notwendigkeit der Demokratisierung Deutschlands. Noch in der Ausbildung begriffen, betätigte er sich in dem 1898 von Friedrich Naumann gegründeten Nationalsozialen Verein, u. a. durch die Verteilung von Flugblättern.

Der berufliche Weg war so durch das Elternhaus und durch eigene Neigung vorgezeichnet. Im väterlichen Betrieb und sodann in den Betrieben befreundeter Buchdrucker erlernte er in viereinhalbjähriger Lehre die Buch- und Steindruckerei. Zur Vervollständigung seiner Ausbildung besuchte er die Akademie für graphische Künste in Leipzig. Dann wandte er sich mit der Übersiedlung nach Marburg von der Technik dem Journalismus zu.

In Marburg, zu dieser Zeit 11 000 Einwohner zählend, die Altstadt reich an alten Fachwerkhäusern, überragt von dem Schloß und der 1235 erbauten, 1860 restaurierten Elisabethkirche mit dem Sarkophag der hier 24jährig verstorbenen heiligen Elisabeth, fand Otto Nuschke eine aufgeschlossene geistige Atmosphäre und, bedingt durch die dort wirksamen politischen Gegensätze, eine Stätte geistiger Kämpfe. Zugleich ermöglichte ihm die Universität, die erste protestantische Hochschule, 1527 von Philipp dem Großmütigen gegründet, dort als Hörer sein Wissen abzurunden.

Ein politisches Bekenntnis

Mit dem Eintritt in die Redaktion der Marburger „Hessischen Landeszeitung“ hatte Otto Nuschke zugleich ein politisches Bekenntnis abgelegt.

Die Hessische Landeszeitung war 1898 von Helmut von Gerlach erworben und in den Dienst des Nationalsozialen Vereins gestellt worden. Als leitende Redakteure wirkten an der Hessischen Landeszeitung bis 1901 Erdmannsdörfer und danach der Sekretär des Nationalsozialen Vereins, Martin Wenck. Als Nachfolger Wencks übernahm Otto Nuschke 1904, erst 21 Jahre alt, die Chefredaktion.

In Helmut von Gerlach, zwanzig Jahre älter, angehörend auch der Liga für Menschenrechte und bis 1929 Vorsitzender der Deutschen Friedensgesellschaft, lernte Otto Nuschke einen jener bürgerlichen Politiker kennen, die zeitig die Signale der Zeit verstanden und infolgedessen mutig den Kampf für Frieden und Fortschritt aufgenommen hatten. In seinem Buch „Die Geschichte des preußischen Wahlrechts“ hatte Helmut von Gerlach am Beispiel der Entwicklung seit 1848 das Dreiklas-

senwahlrecht als eine der Quellen der kulturellen und gesellschaftlichen Rückständigkeit Preußens bloßgelegt.

Charakteristisch für diesen Politiker, der 1895 in Berlin das demokratisch-pazifistische Wochenblatt „Welt am Montag“, die erste selbständige Berliner Montagszeitung, ins Leben gerufen hatte, war, daß er 1918 offen seiner Verwunderung darüber Ausdruck gab, wie es noch Leute geben könne, die im Hinblick auf den ersten Weltkrieg von einer „großen Zeit“ sprächen; denn die Geschichte werde sicherlich das Geschehen nach 1914 nicht anders beurteilen als die furchtbaren Jahre nach 1618, nämlich als ein Völkermorden, „ebenso sinnlos wie endlos“.

„Wenn der Weltkrieg dennoch mit dem Prädikat groß in Verbindung gebracht werden darf, dann nur um seiner ungewollten Wirkung willen: die russische Revolution und die Liga der Nationen. Wenn, was wahrscheinlich nicht unmöglich ist, die eine den endgültigen Sieg der Demokratie über das persönliche Regiment, die andere den entscheidenden Triumph des Pazifismus darstellt, der anstelle der Gewaltentscheidung die Rechtsentscheidung setzt, so ist dies Ergebnis schon so überwältigend groß, daß wir wirklich von einem ‚Lohn der Opfer‘ sprechen können.“

Eine Einschätzung, die, abgesehen von der zeitbedingten Überschätzung des Völkerbundes, bestätigt worden ist. Dadurch aber, daß Otto Nuschke die von Helmut von Gerlach vertretene Auffassung geteilt hat zu einer Zeit, in der das Geschehen im damaligen Petersburg und in Moskau auch den linksbürgerlichen Politikern im allgemeinen nur ein „Aufruhr“ war, eine „Hunger- und Ermüdungserscheinung“, ein bloßes „Zwischenspiel“, ist zugleich erwiesen, wie sehr er von Anfang an dem Maßstab gerecht geworden ist, den später Wilhelm Pieck für die Beurteilung der Fortschrittlichkeit eines Politikers als maßgebend bezeichnet hat. „Seit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution vom Jahr 1917“, so schrieb Wilhelm Pieck in einem Artikel zum 70. Geburtstag Otto Nuschkes, „ist das Verhältnis zur Sowjetunion der sichere Maßstab dafür, wie weit ein Mensch ein aufrechter Demokrat und Kämpfer für den Frieden ist.“

Klärende Auseinandersetzungen

Als Otto Nuschke seine journalistische Arbeit in Marburg aufnahm, war in der Presse, in den Parteien und in den Parlamenten der Kampf um den Weg Deutschlands in voller Schärfe entbrannt. Während in den Reihen der alten Sozialdemokratie charakterfeste Politiker wie Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg gegen den deutschen Militarismus und gegen den Krieg ankämpften und die bürgerliche Linke, gestützt vor allem auf eine stattliche Reihe demokratischer Zeitungen, sich für politische und soziale Reformen einsetzte — in ihren Reihen auch die von Otto Nuschke geführte „Hessische Landeszeitung“ —, forderten die Rechtsparteien und die ihnen nahe-

stehenden Organisationen die Mehrung des Reichs durch kriegerische Eroberungen.

„Mit Hilfe solcher Organisationen wie des Alldeutschen Verbandes entfalteten die Imperialisten eine zügellose chauvinistische Hetze gegen die anderen Völker und zugleich gegen alle progressiven Kräfte der deutschen Nation. Immer deutlicher trat die Unvereinbarkeit der imperialistischen Aggressionspolitik mit den nationalen Interessen hervor.“

Der in dem vorangestellten Satz — dem „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ (S. 93) entnommen — genannte Alldeutsche Verband war bereits 1890 gegründet worden. Er war keine Massenorganisation, sondern eher ein „politisches Offizierkorps, das im Sinne des Pangermanismus in Parteien und Organisationen, im Lehrkörper der höheren und Hochschulen und in der Presse wirken sollte“ (Albert Norden) und diese unheilvolle Tätigkeit bis zum Jahre 1918 fortgesetzt hat. Das Schlagwort dieses Verbandes, „Deutschland erwache!“, gellt uns, von Hitler erneuert, noch heute in den Ohren.

Ähnlich ausgerichtet, jedoch mit speziellen Aufgaben betraut, waren der Deutsche Kolonialverein, wenige Monate vor der Geburt Otto Nuschkes in Frankfurt/Main unter dem Vorsitz des Fürsten Hohenlohe-Langenburg gegründet, und der Deutsche Flottenverein von 1898, der insbesondere für die Vermehrung und Verdoppelung der deutschen Schlachtflootten Stimmung machte. Fern war damit die Zeit, in der Bismarck deutsche Kolonien in Parallele setzen konnte zu den seidenen Zobelpelzen jener Adelsfamilien im alten Polen, die kein Hemd auf dem Leib hatten.

In diesen Auseinandersetzungen, an denen Otto Nuschke zunächst als Journalist beteiligt war, zeigten sich deutlich sichtbar die Schwierigkeiten, die dem Kampf für den Frieden entgegenstanden. Denn imperialistische Gedanken wurden damals auch in den Kreisen der bürgerlichen Linken noch gehegt. Gewiß wollte, als Beispiel anzuführen, Friedrich Naumann Reformen im Innern in Richtung der parlamentarischen Demokratie, „Demokratie und Kaisertum“, wie es bereits der Titel einer seiner populärsten Bücher zum Ausdruck brachte. Aber gleichzeitig forderte er auch mehr Macht nach außen. „Wir wünschen“, so hieß es im Programm des Nationalsozialen Vereins, „eine Politik der Macht nach außen und der Reform nach innen.“

Damit wurden die bürgerlichen Reformbestrebungen von vornherein von der Machtpolitik überschattet. Denn das war eben ein undurchführbares Unterfangen, den Militarismus unter Fortsetzung der imperialistischen Politik von innen her zu reformieren.

Abgeschwächt wurde die Wirksamkeit der erstrebten Reformen ferner dadurch, daß damit auch illusionäre, reformistische Nebenziele verfolgt wurden. Sollte doch mit Hilfe dieser

Reformen die Arbeiterschaft für die bürgerliche Demokratie zurückgewonnen, also ihrer eigenen, nunmehr bereits kampferprobten Partei entrissen werden. Das aber war in der Zeit eines erstarkenden Klassenbewußtseins und der gesteigerten politischen Aktivität der Arbeiterklasse, 25 Jahre nach der Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, nicht mehr möglich. Knapp und sachlich registrierte Otto Nuschke diesen Tatbestand im Rückblick auf diese Zeit mit dem Satz:

„Die deutsche Arbeiterschaft hat sich zu den Ideen Naumanns in ihrer Masse völlig ablehnend verhalten. Die Hoffnung der Nationalsozialen, die Sozialdemokratie abzulösen oder doch zwischen der Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien eine Partei nationaler Sozialisten werden zu können, schlug fehl.“

Aus einem ähnlichen Realismus heraus vermochte Otto Nuschke auch sonst sich von manchen Irrtümern und Illusionen auch seiner Freunde freizuhalten, ebenso wie auch Professor D. Emil Fuchs, gleichfalls ein Schüler Naumanns, weit über seinen Lehrmeister hinausgewachsen ist. Mit tiefem Bedauern sagt Emil Fuchs in seinem Buch „Marxismus und Christentum“ (S. 13) von Friedrich Naumann: „Der ‚Christ‘ Naumann kapitulierte vor den Gewalten, die diese Welt durchtobten. In ihm schrie nicht die Stimme des Jüngers Jesu, eine Welt, in der es nicht möglich ist, nach christlichem Gewissen zu handeln und zu herrschen, so grundsätzlich zu ändern, daß dieses möglich sein wird...“

Eines der bekanntesten Beispiele einer solchen Kapitulation vor den Gewalten dieser Welt bildet die Billigung der sogenannten Hunnenede Wilhelms II. bei der Einschiffung des Expeditionskorps gegen die „Boxer“ im Herbst 1897 durch Naumann, der die kaiserliche Phrase, „Pardon nicht zu geben, sondern wie die Hunnen zu wüten, so daß auf tausend Jahre hinaus kein Chinese mehr es wagt, einen Deutschen scheel anzusehen“, mit der Bemerkung begleitete, wenn man schon den Krieg als erlaubt gelten lasse, müsse man auch damit einverstanden sein, daß der Krieg so geführt werde, daß er Erfolg habe.

So sah sich der junge Journalist Otto Nuschke schon zu Beginn seiner politischen Wirksamkeit in erbitterte Auseinandersetzungen hineingestellt, zeigten sich ihm auch in den eigenen Reihen Gegensätze — denn Naumanns Äußerungen hatten auch unter den Nationalsozialen teilweise heftige Proteste wachgerufen —, die dokumentierten, daß eine demokratische Politik in diesem Deutschland eine kämpferische Aufgabe beinhalten mußte. Zugleich ergaben sich für jeden, der stark genug war, vor den Gewalten, die diese Welt durchtoben, nicht zu kapitulieren, Berührungspunkte mit den Marxisten, die längst erkannt hatten, daß es nicht genügt, die Welt anders zu interpretieren, sondern darauf ankommt, die Welt zu verändern.

2. Debut vor den Wählern

Der erste Wahlkampf

Den Wählern stellte sich Otto Nuschke zum erstenmal bei den Reichstagswahlen im Jahre 1903, und zwar im Wahlkreis Siegen. Die Annahme dieser Kandidatur war ein Ausdruck politischer Disziplin. Denn damit, in diesem industriereichen Wahlkreis mit seiner starken sozialdemokratischen Organisation ein bürgerliches Mandat zu erringen, konnte niemand rechnen. Es war vielmehr eine bloße Zählkandidatur, die lediglich Aufschluß geben sollte über die Entwicklung der Anziehungskraft der Partei.

Einen agitatorischen Schwerpunkt bildete dagegen der Wahlkreis Marburg, in dem im ersten Wahlgang keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit erlangt hatte. Mit 3 605 Stimmen hatte jedoch Helmut von Gerlach, der hier kandidierte, eine Anwartschaft auf den Sieg in der Stichwahl erlangt. Lediglich der Kandidat der Konservativen hatte mehr Stimmen als er (4 907) erlangt. In weitem Abstand folgten ein Antisemit mit 2 385, das Zentrum mit 1 892 und die SPD mit 1 490 Stimmen. In der Stichwahl kam es also darauf an, durch überzeugende Argumente Wähler aus den anderen Parteien zu gewinnen.

Durch die ihm von Anfang an eigene volkstümliche Ausdrucksweise hat Otto Nuschke in diesem Wahlkampf in bedeutendem Maße dazu beigetragen, neue Wähler für eine fortschrittliche Politik zu gewinnen. Die Entscheidung fiel dann zugunsten Helmut von Gerlachs, der 7 815 Stimmen auf sich vereinigte gegenüber 7 037, die für den Konservativen abgegeben worden waren. Damit war Helmut von Gerlach in den Reichstag gewählt worden, und zwar als einziger der von dem Nationalsozialen Verein aufgestellten Kandidaten.

Trotz des Erfolges in Marburg hielt Friedrich Naumann das Schicksal seiner Vereinigung, für die insgesamt 30 500 Stimmen abgegeben worden waren, für besiegelt. „Die große Welle hat uns verschlungen“, war seine Meinung. Er löste daher den Nationalsozialen Verein auf. Die Mitglieder dieser Vereinigung, so auch Otto Nuschke, schlossen sich nunmehr größtenteils der Freisinnigen Vereinigung an.

Die Freisinnige Vereinigung war 1892 gegründet worden, und zwar von einer Gruppe von Politikern, die sich von den Nationalliberalen, die bis 1879 Bismarcks stärkste Stütze im Reichstag bildeten, getrennt hatten um, wenn auch in bescheidenem Maße, fortschrittlicheren Gedanken innerhalb des Bürgertums Bahn zu brechen. In ihrem Programm aus dem Jahre 1894 wandten sich die Freisinnigen gegen die engherzige Interessenpolitik der Bourgeoisie und gegen den Anti-

semitismus. Mahnend riefen sie ihrer Klasse, von der das Nationale Dokument sagt, daß sie sich „schon vor mehr als hundert Jahren mit den reaktionären Feudalherren, mit den militaristischen, preußischen Junkern gegen die Arbeiterklasse und alle fortschrittlichen, demokratischen und patriotischen Kräfte des deutschen Volkes verbündete“, zu:

„Dem deutschen Bürgertum, welches nicht ohne eigene Schuld einen so unverhältnismäßig geringen Einfluß auf die Entwicklung unseres öffentlichen Lebens ausübt, erwächst die Verpflichtung, politisch und wirtschaftlich freien Anschauungen einen breiten Boden zu gewinnen.“

Am 6. März 1911 vereinigte sich die Freisinnige Vereinigung mit der Freisinnigen Volkspartei von 1893, in deren Programm insbesondere noch die Forderung nach einer schiedsgerichtlichen Entscheidung internationaler Konflikte enthalten war, zur Fortschrittlichen Volkspartei.

Im Reichstag zählten diese Gruppen stets ein Dutzend Abgeordnete. Stärker waren sie im Preußischen Landtag vertreten. Durch das Dreiklassenwahlrecht war in Preußen die Stimme mit dem Besitz verbunden. Die Wahlberechtigten waren nach der Höhe ihres Steueraufkommens in drei Klassen eingeteilt, von denen jede die gleiche Zahl von Wahlmännern zu wählen hatte, die dann ihrerseits die Wahl der Abgeordneten vornahm. Die Wahl erfolgte also indirekt.

Dadurch, daß auf der Grundlage des Dreiklassenwahlrechts die Stimme der vermögensarmen Volksschichten um zwei Drittel geringer bewertet wurde als die der ersten Klasse (weniger Geld — weniger Rechte!), war die Arbeiterpartei stark benachteiligt. Günstiger stand dagegen die Sache für die Freisinnigen infolge ihrer engen Verbindung mit dem wohlhabenden Bürgertum. So gehörten zum Beispiel in den Jahren 1899 bis 1901 den Freisinnigen im Preußischen Landtag 20 Sitze und von 1902 bis 1907 etwa 36.

Noch am 14. Mai 1918 konnte ein Antrag auf die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen mit 236 gegen 185 Stimmen vom Preußischen Landtag abgelehnt werden. Und diesen Widerstand setzten die Konservativen bis in den Oktober 1918 fort, so daß erst einige Stunden vor dem Ausbruch der Novemberrevolution die Regierung des Prinzen Max von Baden eine Änderung dieser Verhältnisse in Aussicht stellen konnte.

Wie unreal die Zusammensetzung des Preußischen Landtags unter der Gültigkeit des Dreiklassenwahlrechts war, zeigt so recht eine Gegenüberstellung der Wahlergebnisse des letzten Friedens- und des ersten Nachkriegsjahres. Im Jahre 1913, bei den letzten Wahlen nach dem Dreiklassenwahlrecht, erhielt die Sozialdemokratie von 443 ganze zehn Mandate, 1919 dagegen bei den ersten allgemeinen und direkten Wahlen in Preußen 145 Mandate. Weitere 24 Mandate hatten die Unabhängigen Sozialdemokraten erobert.

Die „Hottentottenwahlen“ — eine unauslöschliche Erinnerung

Lebendig vor Augen standen Otto Nuschke noch in den späteren Lebensjahren seine Erfahrungen in der Reichstagswahl am 25. Januar 1907, den sogenannten Hottentottenwahlen. Es waren dies die Wahlen nach dem barbarischen Kolonialkrieg der deutschen Imperialisten gegen die kleinen, viehzüchtenden Stämme der Hottentotten und Hereros in Südwestafrika.

Voraufgegangen waren der Neuwahl die Ablehnung der von der Reichsregierung angeforderten Kriegskredite durch die Sozialdemokratie und das Zentrum mit 117 gegen 168 Stimmen und die Auflösung des Reichstages durch den Reichskanzler Fürst von Bülow.

Der Krieg selbst war zu diesem Zeitpunkt bereits ausgekämpft. Was noch zu regeln war, das waren die Verteilung der Kriegslasten und die Finanzierung der weiteren Aufwendungen für die forcierten Rüstungen.

An diese Wahlen fühlte Otto Nuschke sich stets erinnert, wenn die westdeutsche Großbourgeoisie nach 1945 „freie“ Wahlen in ganz Deutschland forderte. War es doch gerade die Bundesregierung, die, solange solche Wahlen möglich waren, nämlich bis zur Eingliederung der Bundesrepublik in die NATO, sie stets sabotiert hat. Was Bonn unter freien Wahlen verstand, das war eben eine Abstimmung nach dem Muster der Reichstagswahl von 1907, das waren — eine Formulierung Nuschkes — Rauschwahlen in der überhitzten Atmosphäre eines neu entfachten Antikommunismus.

So hat Otto Nuschke denn auch gerade die Hottentottenwahlen wiederholt für die Entlarvung der bundesdeutschen Politik benutzt. Waren es doch diese Wahlen, in denen erstmalig nach der Aufhebung der Bismarckschen Ausnahme-gesetze auf breitester Front eine wüste Hetze gegen die Sozialdemokratie entfacht wurde. Nach dem Willen der Großbourgeoisie, wie ihn Bülow vertrat, der sich zu dieser Zeit in der Rolle des Drachentöters gefiel, sollte jede ruhige Erwägung erstickt, die Wählerschaft in einen Rausch versetzt und so die Sozialdemokratie vernichtend getroffen werden. Allerorts wurden die sozialdemokratischen Kandidaten und Sprecher als „Vaterlandsverräter“ beschimpft, Sympathisierende unter Druck gesetzt und die Redezeit in den Versammlungen durch polizeiliche Eingriffe willkürlich begrenzt. Auch waren offene Wahlbeeinflussung, also Verfälschungen des Volkswillens, nicht selten.

Ein weiteres unrühmliches Aufsehen haben die Hottentottenwahlen dadurch erlangt, daß in ihnen die Großbourgeoisie zum erstenmal ihre wirtschaftliche Stärke gegen die Arbeiterbewegung geltend machte. Die Industrie hatte einen Wahlfonds gebildet, zu dem jedes Werk eine Mark je Arbeiter beisteuern mußte. Zugute kamen diese Mittel dem neugegrün-

deten „Reichsverband gegen die Sozialdemokratie“, der von der Opposition kurzweg der Reichslügenverband genannt wurde.

Von den Rechtsparteien hart bedrängt und maßlos diffamiert, vermochte die Sozialdemokratie trotzdem, angefeuert durch die erste russische Revolution von 1905, einen Stimmenzuwachs von acht Prozent gegenüber der voraufgegangenen Wahl zu erreichen. Wenn trotzdem die Zahl der Mandate eine radikale Verminderung erfuhr und im neuen Reichstag nur noch 43 — gegenüber 79 im alten Reichstag — betrug, dann lag das lediglich daran, daß die mit niederträchtigen Mitteln betriebene chauvinistische Hetze bürgerliche Nichtwähler in Massen aufgeschuecht und zur Stimmabgabe gegen die Sozialdemokratie veranlaßt hatte.

Obwohl die Regierung sehr genau wußte, welchen Umständen sie ihren Wahl„erfolg“ zu verdanken hatte, war der Kanzler auf das Ergebnis noch stolz. Bei späteren Wahlen, so äußerte Fürst von Bülow bei der Eröffnung des neuen Reichstags am 19. Februar 1907, werde er die so wirksam erprobten Methoden in noch verstärktem Maße anwenden, um „den Herren von der äußersten Linken noch ein ganz anderes Lied vorzublasen“.

Ähnlich, und auch das ist ein Beispiel für das Fortleben der Vergangenheit in Westdeutschland, verhält man sich heute auch in der Bundesrepublik. Als in der „Spiegel“-Affäre die Regierung Adenauer als Folge der Eingriffe von Franz Josef Strauß in die Justiz und in die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit sich zu einer ungemütlichen Fragestunde im Bundestag stellen mußte, da ließ auch Bundesminister Höcherl sich polternd und drohend dahin vernehmen, er sei bereit, „noch schärfer, noch eindringlicher in solchen Dingen zu handeln“.

1907 allerdings sah Fürst von Bülow sich nicht in der Lage, seinen Drohungen nun auch neue Taten folgen zu lassen. Wohl hatte er sich in dem sogenannten Bülowblock, beruhend auf der Zusammenarbeit der Konservativen und der Nationalliberalen — Otto Nuschke nannte diese Paarung „eine kuriose Idee“ — ein festes Fundament im Reichstag geschaffen. Zwei Jahre später jedoch mußte er in Auswirkung des seltsamen Interviews Wilhelms II. für den „Daily Telegraph“, durch das der Kaiser mit der Behauptung, er habe den Engländern den Feldzugsplan für den brutalen Krieg gegen die Buren geliefert, den britischen Nationalstolz beleidigt und die Gefühle des bürenfreundlichen deutschen Volkes provoziert hatte, sein Amt an Bethmann-Hollweg abtreten.

... aber meine Untertanen wollen immer selber denken ...

Otto Nuschkes Tätigkeit in diesen Jahren galt vor allem der Aufgabe, mit der Waffe des Journalisten zu seinem Teil

an der Entwicklung des politischen Bewußtseins beizutragen, zum eigenen Nachdenken anzuregen, die Staatspraxis der preußischen „Demokratie“ anzuprangern und dem Gedanken der internationalen Verständigung Freunde zu gewinnen. So diente er auch damals schon mit zeitgemäßen Mitteln dem Anbruch einer neuen Zeit.

Seit dem Jahre 1906 gehörte Otto Nuschke der Pressekommission des Verbandes für internationale Verständigung an. Die Mitglieder dieser Organisation arbeiteten im Sinne der Haager Friedenskonferenz, sehr zum Unwillen der deutschen Regierung, die diese Bestrebungen systematisch sabotierte. Einer der eifrigsten Wortführer dieser Friedensbewegung war der Staats- und Völkerrechtslehrer der Marburger Universität, Prof. Walter Schücking.

Wie sehr jedoch Beiträge für die Entwicklung des politischen Bewußtseins dem kaiserlichen Deutschland unbequem waren, zeigt ein Ausspruch Wilhelms II. „Ja, das ist es ja,“ äußerte er in einem Gespräch mit Prof. Slaby von der Technischen Hochschule in Berlin, „meine Untertanen sollten einfach tun, was ich ihnen sage, aber meine Untertanen wollen immer selber denken, und daraus entstehen dann alle Schwierigkeiten.“

Und dieses Recht, selber zu denken — der Vorsitzende des Staatsrats der DDR, Walter Ulbricht, bezeichnete, wie bekannt, auf dem Forum in den Chemischen Werken Buna im Juni 1961 das Denken als die erste Bürgerpflicht —, nahm man im Marburg Otto Nuschkes auch in Anspruch, als die preußische Regierung mit einem Ausnahmegesetz gegen den polnischen Grundbesitz in den damaligen östlichen Provinzen auftrat. Unter dem Vorsitz Otto Nuschkes fand eine Protestversammlung statt, die das Gesetz, das Prof. Schücking „eine Gemeinheit“ genannt hatte, mit Entschiedenheit verurteilte.

Für Otto Nuschke bedeutete diese Versammlung, nach der dem ihm befreundeten Prof. Schücking die Berechtigung, Examina zu halten, entzogen wurde, einen frühzeitigen Hinweis darauf, daß in Deutschland jeder, der gegen die reaktionäre Politik aufbegehrt, auch zu persönlichen Opfern bereit sein muß.

Kritik an der preußischen Verwaltungspraxis

Einen bedeutsamen Beitrag zur Entlarvung der preußischen Reaktion leistete Otto Nuschke noch unter dem Nachklang der Hottentottenwahlen. Im Januar 1908 betrieb die preußische Regierung die Amtsentsetzung des Bürgermeisters in Husum, Dr. Lothar Engelbrecht Schücking, weil dieser Kommunalpolitiker durch ein von ihm veröffentlichtes Buch und einige Zeitungsartikel die Reaktion in der inneren Verwaltung Preu-

ßens einer Kritik unterzogen hatte. Schückings Buch hatte in der gesamten Presse stärkste Beachtung gefunden. So sagte das „Berliner Tageblatt“ von dem Verfasser, er habe aus eigener Anschauung und genauester Kenntnis der Dinge heraus in knapper und interessanter Form eine förmliche Analyse der reaktionären Tendenzen in Preußen gegeben.

Das war natürlich der herrschenden Klasse zu viel, stand sie doch auf dem Standpunkt, daß in Preußen jedermann, und erst recht natürlich Beamte, ihrem Landesherrn eine pflichtgemäße Gesinnung schuldig sind, Ideale, Weltanschauung und Menschheitsideen jedoch „den sozialdemokratischen Maurergesellen überlassen bleiben können“.

Dadurch, daß Otto Nuschke in seinem 1908 im Buchverlag der „Hilfe“ erschienenen, von Günter Wirth kürzlich aus den Archiven wieder ans Licht geholten Buch „Schückings Verteidigung und die Anschuldigungsschrift der preußischen Regierung“ das gesamte Material der Öffentlichkeit unterbreitete und damit die Versuche der Reaktion durchkreuzte, den Bürgermeister ohne Aufhebens zu erledigen, zeigte er an den Rechtsbrüchen und Ungeheuerlichkeiten in einem Einzelfall zugleich die Gesamtwirklichkeit auf, wie sie sich im preußischen Staat unter den Auswirkungen des Dreiklassenwahlrechts herausgebildet hatte.

3. An der Seite der Arbeiterklasse

In Berlin

Stärker in den Vordergrund trat Otto Nuschke in dem zweiten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts. 1910 übersiedelte er von Marburg nach Berlin. Als Parlamentsredakteur des 1871 gegründeten „Berliner Tageblattes“ oblag ihm fortan die Berichterstattung über die Arbeit des Reichstags und des Preußischen Landtags.

Inzwischen hatten die Signale, die aus der Weltpolitik herüberklangen, eine gewaltige Lautstärke erreicht. 1904 hatten sich England und Frankreich zu jener Entente Cordiale zusammengefunden, von der der frühere britische Premierminister Lord Roseberry nach den Mitteilungen Winston Churchills überzeugt war, daß sie geradewegs in den Krieg führen mußte. 1905 hatte das alte Europa in der Niederlage des Zarismus im Kampf gegen Japan und in den revolutionären Erhebungen in Petersburg und Moskau, die diesem Krieg folgten, eine starke Erschütterung erfahren. Bedeutete doch nach Lenin die Kapitulation von Port Arthur den Prolog zur Kapitulation des Zarismus (Werke, Bd. 8, S. 41).

Konnte diese Revolution auch im ersten Ansturm noch nicht den Sieg erringen, hat sie doch mit der Bildung der Sowjets der Arbeiterdeputierten jene bisher unbekannte Kampfform

geschaffen, die 1917 den Sturz des Kapitalismus ermöglichte. „Ohne die Generalprobe des Jahres 1905 wäre die Oktoberrevolution von 1917 nicht möglich gewesen“ (Lenin, Werke, Bd. 31).

Das Echo dieser Revolution in Deutschland war gewaltig. Am 9. Februar 1905 fanden in Berlin in 21 großen Sälen Massenversammlungen statt, die den Vorgängen in Rußland gewidmet und sämtlich überfüllt waren. Als Redner sprachen August Bebel und Clara Zetkin. Im Lande feierte in ähnlichen Versammlungen Karl Liebknecht das Aufbegehren des russischen Proletariats als einen Wendepunkt in der Geschichte der europäischen Völker.

Die kaiserliche Regierung aber trug sich mit dem Gedanken, dem Zaren deutsche Truppen für die Niederschlagung der revolutionären Bewegung, die nunmehr als Erbe des Kapitalismus an die Tore der alten Welt klopfte, anzubieten.

Von 1906 ab durchrüttelten Europa sodann die Marokkokrisen, die 1911 mit dem sogenannten Panthersprung nach Agadir ihren Höhepunkt erreichten. Mit der Entsendung des Kanonenbootes „Panther“ am 1. Juli 1911, dem der Kreuzer „Berlin“ und das Kanonenboot „Eber“ folgten, versuchte die deutsche Regierung, durch die Inbesitznahme der Nordküste Marokkos den Streit mit Frankreich kurzerhand zu ihren Gunsten zu entscheiden. Als daraufhin Frankreich, England und Rußland eine drohende Haltung einnahmen, wurde die Aktion gestoppt und so noch einmal der Frieden erhalten.

1912 folgten die beiden Balkankriege, durch die die Türkei, der Verbündete Deutschlands, fast völlig aus Europa verdrängt wurde, sowie die Annektierung der Cyrenaica und der Landschaft um Tripolis durch Italien.

Der Weltkrieg stand vor der Tür.

Ressentiments gehen über Bord

Noch einmal hatte das deutsche Volk die Möglichkeit, vor dem Beginn der großen kriegerischen Auseinandersetzungen in Europa seinen Willen kundzutun. Das war in den Reichstagswahlen von 1912.

In diesen Wahlen erzielte die Sozialdemokratie einen großartigen Erfolg. Die Parteien des Bülowblocks, die Konservativen und die Nationalliberalen, wurden zusammengeschlagen und verloren die Mehrheit im Reichstag. Im ersten Reichstag von 1871 durch zwei Abgeordnete vertreten, entsandte die Sozialdemokratie nunmehr 111 Abgeordnete in das Reichsparlament. Damit war die Sozialdemokratie zur stärksten Fraktion im Reichstag geworden.

Bemerkenswert an diesen Wahlen war weiterhin, daß in ihnen das fortschrittliche Bürgertum endlich den Mut auf-

brachte, alte Ressentiments gegen die Arbeiterpartei über Bord zu werfen. So war ein Stichwahlabkommen zustande gekommen, mit dem sich Sozialdemokraten und Fortschrittliche zu gegenseitiger Unterstützung verpflichteten. Dementsprechend hatten die Fortschrittlichen dort, wo ein Sozialdemokrat in der Stichwahl einem Konservativen gegenüberstand, für den Sozialdemokraten zu stimmen, im umgekehrten Falle die Sozialdemokraten für den Fortschrittler.

Im Geiste dieses Abkommens bildeten die Sozialdemokraten und die bürgerliche Linke nach dem Zusammentritt des neuen Reichstags auch ein gemeinsames Präsidium aus den Abgeordneten Kämpf, Scheidemann und Dove, das freilich nur kurze Zeit bestand, da, Otto Nuschke zu zitieren, „die Nationalliberalen die berühmte Angst vor der eigenen Courage bekamen“.

Otto Nuschke kandidierte 1912 im Wahlkreis Waldeck in scharfen Auseinandersetzungen mit einem Antisemiten. Obwohl in diesem Wahlkreis im Rückfall in die böse Praxis von 1907 eine ganze Reihe haarsträubender amtlicher Wahlbeeinflussungen vorgekommen waren, unterlag Nuschke nur mit wenigen Stimmen.

Angesichts des Aufsehens, das der Wahlskandal von Waldeck erregt hatte, wurden die Wahlen für ungültig erklärt. Die Nachwahl erfolgte 1913. Der Ausgang dieses Kampfes, der nunmehr unter fairen Bedingungen durchgeführt werden konnte, stand von vornherein fest. Die Partei trat daher an Otto Nuschke mit der Bitte heran, auf die Erneuerung seiner Kandidatur zu verzichten, damit Friedrich Naumann, der 1912 ein Mandat nicht erlangt hatte, nunmehr über diese Nachwahl wieder in den Reichstag einziehen könne. Otto Nuschke leistete dem Folge, weil er glaubte, Friedrich Naumann eine Chance gewähren zu müssen, damit dieser die Linke regierungsfähig mache. „Er mußte in den Reichstag, in dem es den Block der Linken in Bewegung zu setzen galt.“

Begegnung mit Karl Liebknecht

Aus dem gleichen Geist heraus, aus dem Otto Nuschke nach der Katastrophe des Hitlerkriegs den Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien bejahte, die Volkskongreßbewegung für Einheit und gerechten Frieden und die Zusammenarbeit in der Nationalen Front unter der Führung der Arbeiterklasse, setzte er sich 1912 für die Zusammenarbeit des linksorientierten Bürgertums mit der Sozialdemokratie ein. So war ihm das Stichwahlabkommen nicht nur eine äußerliche Verpflichtung, sondern er bejahte es mit dem Herzen.

Ein persönliches Beispiel der Zusammenarbeit gab Otto Nuschke im Wahlkreis Potsdam - Spandau - Osthavelland, in dem Karl Liebknecht kandidierte.

Karl Liebknecht war nicht ein Sozialdemokrat unter anderen, sondern sein Name bedeutete ein Programm. Er war ein leidenschaftlicher und unbeugsamer Vorkämpfer für die Neugestaltung Deutschlands auf revolutionärem Wege, ein unerschrockener Feind des Krieges und des Militarismus, nach dem Beispiel Lenins davon überzeugt, daß der Hauptfeind eines jeden Volkes im eigenen Land zu suchen ist. Von ihm sagte der Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung:

„Vor allem Karl Liebknecht analysierte in seinen Schriften die antinationale Rolle des deutschen Imperialismus und deckte das volksfeindliche Wesen des preußisch-deutschen Militarismus auf. Er erkannte unter allen Linken am klarsten, daß nur der Sieg der Arbeiterklasse über Imperialismus und Militarismus der ganzen Nation eine glückliche und friedliche Zukunft sichert. Der Kampf der deutschen Linken gegen Imperialismus, Militarismus und Revisionismus stellte sie unter allen linken revolutionären Gruppen der internationalen Arbeiterbewegung den Bolschewiki am nächsten.“ (S. 92).

1909 schon hatte Karl Liebknecht die Parole ausgegeben: „Bei unseren künftigen politischen Aktionen werden große Streiks eine Hauptrolle spielen, und das Ende wird der Generalstreik sein“ (Liebknecht, Werke, Bd. II, S. 324).

Durch sein mutiges Auftreten im Reichstag und seine Anklagereden in großen Prozessen hatte sich Karl Liebknecht allem, was reaktionär war, verhaßt gemacht. Schon damals war er der bestgehaßte Mann des deutschen Proletariats (Lenin). Die Gegner Liebknechts aber saßen bis weit hinein in die Reihen der sozialdemokratischen Fraktion. Zu ihnen gehörte die ganze Schicht der geistig von Eduard Bernstein geführten Opportunisten, die die Revolution ebenso ablehnten wie die Diktatur des Proletariats.

Es ist daher beachtlich, daß Otto Nuschke auch angesichts dieser Situation in Potsdam-Spandau-Osthavelland, dem Wahlabkommen getreu, für die Unterstützung der Kandidatur Karl Liebknechts eingetreten ist, für die Wahl des Mannes, der, wie es das Nationale Dokument hervorhebt, bald danach „als erster im Reichstag die Beendigung des Krieges forderte und seine Zustimmung zu den Kriegskrediten verweigerte“, während die rechte Führung der Sozialdemokratischen Partei den Imperialisten half, diesen Krieg bis zum bitteren Ende durchzuführen.

„Wie haben sie in einer Stadt wie Potsdam siegen können?“ fragte nach der Entscheidung ein Vertreter der „Humanité“ Karl Liebknecht. Und er antwortete: „Ganz einfach deshalb, weil die meisten Proletarier sowie die Klein Händler und manche unteren Beamten für mich gestimmt haben. Entscheidend aber ist es, daß die sozialistische Organisation in meinem Wahlkreis vielleicht die beste im ganzen

Reich ist. Sehr zahlreich sind unsere Potsdamer Genossen nicht, aber ihre Qualität ersetzt die Quantität. Ihre Opferbereitschaft und ihre Begeisterung waren bewunderungswürdig.“

Und an der Gewinnung der Kleinhändler und mancher unteren Beamten, denen die Konservativen einzureden versuchten, die Wahl eines Sozialisten werde zur Folge haben, daß der Kaiser Potsdam nicht mehr aufsuchen und die Garnison in eine andere Stadt verlegen werde (Liebknecht, Werke, Bd. IV, S. 500) hatte gewiß auch Otto Nuschke durch sein Eintreten für die Kandidatur Liebknechts im sogenannten Kaiserwahlkreis einen persönlichen Anteil.

Nicht, daß Otto Nuschke Karl Liebknecht als Mitstreiter für die soziale Revolution zur Seite stand. Wohl aber kämpfte er für die Vollendung der bürgerlichen Revolution und damit für eine Etappe, in der ehrliche, fortschrittliche Bürger darauf angewiesen waren, Tuchfühlung mit der Arbeiterschaft zu halten, ohne deren Unterstützung sie auch für ihre — begrenzten — Ziele einen Erfolg nicht zu erhoffen hatten.

Im Kampf gegen Pressezensur und Lüge

Mitten in den Stürmen des ersten Weltkrieges übernahm Otto Nuschke im Dezember 1915 die Chefredaktion der „Berliner Volkszeitung“, nachdem er zuvor einige Monate als Landsturmmann in dem Kriegsgefangenenlager Zossen verbracht hatte.

Die „Berliner Volkszeitung“ war 1852 gegründet worden. Sie sollte die Aufgabe fortführen, die nach den hoffnungsvollen Märztagen des Jahres 1848 die „Urwählerzeitung“ in Angriff genommen hatte, bis sie von den preußischen Behörden verboten worden war. So entwickelte sich die „Berliner Volkszeitung“ zu einem Organ, das innerhalb des Bürgertums den demokratischen Gedanken stets mit Entschiedenheit vertreten hat. Zu den Lesern der „Berliner Volkszeitung“ gehörten vorwiegend Handwerker und Gewerbetreibende, der alte Leserstand der „Urwählerzeitung“.

In der Ära der Bismarckschen Ausnahme Gesetze gegen die Sozialdemokratie, die unter Zustimmung der Nationalliberalen Partei viermal verlängert worden waren, kämpfte die „Berliner Volkszeitung“ unentwegt gegen die Gesetze an mit dem Ergebnis, daß sie selbst zeitweise verboten wurde. Als ein Vorgänger Otto Nuschkes hatte einmal Franz Mehring, der später der Sozialdemokratie beitrug und in ihren Reihen zu einem hervorragenden marxistischen Publizisten und Historiker herangewachsen ist, einige Jahre die Redaktion der „Berliner Volkszeitung“ geleitet.

Als Chefredakteur der „Berliner Volkszeitung“ setzte Otto Nuschke den in Marburg begonnenen politischen Weg konse-

quent fort. Allerdings hatte sich unter den Auswirkungen der Kriegsverhältnisse die politische Arbeit für fortschrittliche bürgerliche Journalisten noch schwieriger gestaltet. Ein Wort der Kritik, eine öffentliche Behandlung von Vorgängen, die der Regierung unerwünscht waren, galt als Landesverrat. Wer dem Morden Einhalt gebieten und, ausgehend von dem realen Kräfteverhältnis, einem Verständigungsfrieden ohne Sieger und Besiegte den Weg ebnen wollte, setzte sich der Gefahr aus, des Hochverrats angeklagt zu werden. Die „Stimmung“ durfte nicht gestört werden!

Damals zum ersten Male sah Otto Nuschke deutlich die deutsche Presse in ein System der Irreführung der öffentlichen Meinung verstrickt, das zwei Jahrzehnte später das freie Denken in Deutschland völlig ersticken sollte. Die Einführung der Zensur, mit deren Durchführung militärische Stellen beauftragt waren, bot der Regierung die Handhabe zur Lenkung der öffentlichen Meinung. Alles, was der Regierung ein Erfolg dünkte, mußte groß herausgestellt, unliebsame Ereignisse jedoch sollten verschwiegen werden. Und es gab immerhin vom ersten Tage des Krieges an auch eine ganze Reihe von Dingen, die der Regierung höchst unerwünscht waren. Zum Beispiel, daß Politiker wie Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Clara Zetkin, Franz Mehring und Wilhelm Pieck mit wachsender Entschiedenheit gegen den imperialistischen Krieg auftraten, ferner das Absinken der Volksernährung auf ein Drittel der Vorkriegszeit und die ständige Ausdehnung der Streikbewegung. Waren es 1914 nur 21 000 Arbeiter gewesen, die sich dieser Waffe bedienten, so waren es 1916 bereits mehr als 422 000.

Über dem Ganzen aber stand, jeder Kritik unerreichbar, die Oberste Heeresleitung als „sicherer Bürge“ eines deutschen Siegfriedens. So konnte noch im Juli 1918 der Sprecher der Regierung den Parteiführern die Versicherung abgeben, angesichts der Mittel, die dem Deutschen Reich zur Verfügung stünden, sei jeder Gedanke an einen Sieg der Entente „Traum und Illusion“.

Jede Zeitung, die trotzdem den Versuch machte, wider den Stachel zu löken und auch nur in Umrissen ein richtiges Bild der Lage zu zeichnen, wurde verboten, und zwar, wie es dem zuständigen Generalkommando gefiel, auf Tage, Wochen oder einfach bis zum Kriegsende. Außerdem gab es Repressalien bei der Papierverteilung und die Möglichkeit, aufsässige Redakteure in „Schutzhaft“ zu nehmen.

Im Rückblick auf diesen ersten Entwicklungsabschnitt im Leben Otto Nuschkes, endend mit der Novemberrevolution, die den Zusammenbruch der Hohenzollernmonarchie am 9. November 1918 herbeiführte, können wir heute feststellen, daß bereits in dieser Zeit viele Erkenntnisse in ihm reiften, die es ihm später ermöglichten, richtungweisend und bewegend in die Vorstellungs- und Gedankenwelt christlicher Menschen

und des fortschrittlichen Bürgertums einzugreifen. Er gehörte zu den bürgerlichen Politikern, die nicht bereit waren, den Schutzwächter einer zerbröckelnden Ordnung zu spielen oder, einen zeitgenössischen Ausdruck aufzugreifen, der Reaktion als Wolkenschieber zu dienen. Unbeschadet der weltanschaulichen Differenzen war diesen Politikern die Zusammenarbeit mit der Arbeiterklasse auch im Interesse des deutschen Bürgertums eine Notwendigkeit, weil sie mehr oder weniger deutlich erkannt hatten, daß die Arbeiterklasse das Zentrum der deutschen Neugestaltung bildete und das Bürgertum angesichts seiner mangelnden ideologischen Klarheit und seiner unzureichenden politischen Energie einer Erneuerung Deutschlands aus eigener Kraft nicht fähig war.

Deutlich spiegelt sich diese Tatsache auch in den von bürgerlichen Zeitungen unter dem Eindruck der nahenden Katastrophe veröffentlichten kritischen Auseinandersetzungen wider, deren heutige Lektüre alles bestätigt, was in dem Nationalen Dokument und in dem Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung über das Versagen des deutschen Bürgertums ausgesagt wird.

So sprach zum Beispiel die „Frankfurter Zeitung“ im Herbst 1918 von einer Tragik der deutschen Demokratie, darin bestehend, daß die gesamte Demokratisierung von dem „Zu spät“ überschattet sei. Sie sei zu spät erfolgt „infolge der Lässigkeit unseres Volkes und der Trägheit unseres Bürgertums“, das vier Jahre lang auch im Kriege nur seinen materiellen Gewinnen nachging und sich ohne eigenes verantwortliches Nachdenken von den Phrasen unwissender Professoren, von den Hetzreden jämmerlicher Demagogen und von ruchlosen Phantasien verlogener Spieler betören ließ“. Weiter hieß es in diesem Artikel: „Wir haben während des Krieges ‚Dämonen‘ über uns herrschen lassen, die wir selbst durch Heroenkult groß gemacht hatten.“

Stellungnahmen dieser Art gab es damals viele. Auch in der „Frankfurter Zeitung“ kehrten sie mehrfach wieder. So sagt das Blatt in einem am 24. Oktober 1918 unter der Überschrift „Das Alte und das Neue“ veröffentlichten Artikel, daß es die Aufgabe der Stunde ist, die innere Umformung Deutschlands mit dem größten Radikalismus und der größten Raschheit herbeizuführen, und in Artikeln in den nächsten Ausgaben, „daß die Völker kein Vertrauen in die Worte derjenigen setzen können, die bisher die Herren der deutschen Politik gewesen sind“. Denn: „Wir standen auf einem Gerüst von Irrtümern und Lügen, es ist zusammengestürzt.“

Die Konsequenz aus diesem erschütternden Tatbestand aber zog die deutsche Arbeiterklasse, indem sie sich mit der Gründung der revolutionären KPD ein wirksames Instrument für die Änderung der deutschen Situation schuf. In Übereinstimmung damit heißt es im Nationalen Dokument:

„Einzig und allein die Politik, wie sie vom Spartakusbund unter der Führung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg vertreten wurde, entsprach den wahren Interessen nicht nur der deutschen Arbeiterklasse, sondern des ganzen deutschen Volkes. Wie würde doch heute unser Deutschland dastehen, hätte das deutsche Volk 1918 auf sie gehört.“

Eine der bedeutsamsten Forderungen aber, die bereits in dieser Stunde von der jungen KPD erhoben worden war, war die nach der Schaffung einer aktionsfähigen Einheitsfront der demokratischen Kräfte, der Ruf zum Bündnis gegen den gemeinsamen Feind der nationalen und sozialen Entwicklung.

„Im Mittelpunkt der Tätigkeit der KPD stand die Organisation des Kampfes für die Durchsetzung der gemeinsamen Forderungen der Arbeiterklasse und der Werktätigen und die Verteidigung der Lebensinteressen der ganzen Nation. In diesen Kämpfen rang die KPD um die Herstellung der Aktions-einheit zwischen Kommunisten, Sozialdemokraten, christlichen und parteilosen Arbeitern, um den Zusammenschluß aller Werktätigen und demokratischen Kräfte um die Arbeiterklasse und um die Überwindung der Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung.“ (Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, S. 67)

Auch hier verstand Otto Nuschke die Signale der Zeit, indem er in Tuchfühlung mit den neuen Kräften, die aus dem Kapitalismus mit seinen Krisen und Kriegen hinausdrängten in eine neue Ordnung, darum bemüht war, diesem neuen Werden auch das Können und die Erfahrungen christlicher Menschen dienstbar zu machen. Mit der ihm eigenen Kraft des Wortes und der Prägnanz journalistischer Diktion, oft nur wenige Worte umfassend, durch seine Fähigkeit, „in anschaulichen Bildern komplizierte politische Zusammenhänge klar und deutlich zu machen“ (Götting, in: „Hefte aus Burgscheidungen“ Nr. 41), stellte Otto Nuschke in diesem bedeutsamen Abschnitt der deutschen Entwicklung im Einklang mit den Lehren der deutschen Geschichte und den bürgerlichen Selbsterkenntnissen klar, daß ohne eine revolutionäre politische Kampfpartei auch das Ringen der linksbürgerlichen Kräfte nicht zum Erfolg führen kann.

4. Erfahrungen in der Weimarer Republik

Mitglied der Nationalversammlung

In den Jahren der Weimarer Republik erfreute sich das deutsche Volk auf dem Papier der „freiesten Verfassung der Welt“. So verstiegen sich die Opportunisten in der alten SPD zu der erstaunlichen Behauptung, „in der Weimarer Republik sei mehr vom marxistischen Gedankengut verwirklicht worden als in Rußland“ (Walter Ulbricht vor der 16. Tagung des ZK

der SED). Im wesentlichen jedoch hatte der Übergang von der Monarchie zur Republik alles beim alten gelassen; denn als der Kaiser nach Holland ging, waren nicht nur die Generale zurückgeblieben, sondern auch die alten Beamten, die alte Justiz und vor allem die eigentlichen Beherrscher Deutschlands, die Monopolherren und Junker. Heroische Versuche, die deutsche Frage doch noch auf revolutionärem Wege zu lösen, wie sie die Vorhut der Arbeiterschaft unter der Führung der am 30. Dezember 1918 gegründeten KPD in Berlin und in den industriellen Schwerpunkten im Lande unternahm, wurden blutig niedergeschlagen.

„Die bürgerlich-parlamentarische Tarnung ermöglichte es der herrschenden Klasse, mit Unterstützung der rechten Führer der SPD breite Massen über den Klassencharakter der Weimarer Republik zu täuschen, bei ihnen demokratische Illusionen zu erwecken und sie vom Kampf gegen Monopolkapital und Militarismus, für eine den Interessen der Arbeiterklasse und der übrigen Volksmassen entsprechende Demokratie abzuhalten.“ (Grundriß, S. 106)

So führte der Weg der Weimarer Republik von der Sabotage der revolutionären Erhebung durch die SPD über die unter Nichtbeteiligung der Kommunisten durchgeführten Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 in die bürgerlich-parlamentarische Demokratie.

Otto Nuschke war vom Wahlkreis Potsdam II in die Nationalversammlung gewählt worden. Ein neues Mandat der Wählerschaft erhielt er 1921 für den Preußischen Landtag, dem er als Mitglied der Fraktion der Deutschen Demokratischen Partei bis zum Jahre 1933 angehörte.

Die Deutsche Demokratische Partei, an deren Gründung Otto Nuschke führend mitbeteiligt war — man betrachtete sie geradezu als eine Gründung der Chefredakteure —, konnte unmittelbar nach der Revolution angesichts der Popularität des demokratischen Gedankens eine beträchtliche Stimmenzahl auf sich vereinigen. Was jedoch einem Manne wie Otto Nuschke, legitimiert durch seine Haltung in den voraufgegangenen Jahrzehnten, ein Gebot der deutschen Neuordnung bedeutete, war anderen nur eine Tarnung. Als diese Opportunisten mit der zeitlichen Entfernung vom 9. November 1918 den Zwang zur Verstellung immer schwächer empfanden, wurde ihr demokratisches Bekenntnis lauer und dementsprechend die Anziehungskraft der Partei — die 1930 in „Deutsche Staatspartei“ umbenannt wurde — schwächer. So kam es zu einer beharrlich sich vollziehenden Rückentwicklung, zu dem katastrophalen Abstieg von 75 Abgeordneten in der Nationalversammlung auf 2 im Reichstag von 1932.

Zur Zeit der Nationalversammlung war Otto Nuschke von der Gewißheit erfüllt, daß die junge deutsche Demokratie vornehmlich drei Aufgaben zu lösen hatte: die Umwandlung der

formalen in eine echte Demokratie, Fortschritte zur Lösung der sozialen Frage und den Übergang zu einer konsequenten deutschen Friedenspolitik.

Als Mitglied der Nationalversammlung war Otto Nuschke durch die den Plenartagungen im Nationaltheater zu Weimar folgenden Ausschußsitzungen bis spät in die Nacht hinein in Anspruch angenommen. Erregte Auseinandersetzungen gab es vor allem über die Haltung zu dem von den Westmächten vorgelegten Versailler Friedensvertrag.

Wie Otto Nuschke vor und während des Krieges gegen den deutschen Imperialismus angekämpft hatte, so leistete er nun auch den Imperialisten des Westens Widerstand, die mit dem Versailler Vertrag die deutsche Konkurrenz auf den Weltmärkten schwächen, Deutschland zugleich aber als kapitalistisches Land und als potentielle Kraft gegen die Sowjetunion erhalten wollten (Grundriß, S. 107).

Ein Versuch, zu seinem Teil einer konstruktiven Politik den Weg zu ebnen, schlug fehl, als aus den drei Punkten, auf die den deutschen Widerstand zu konzentrieren Otto Nuschke angeraten hatte, in den Ausschußsitzungen acht wurden. Zu guter Letzt gab die brutale Drohung Clemenceaus mit dem Vormarsch über den Rhein den Ausschlag für die Annahme des Friedensdiktats. Die Zustimmung der Nationalversammlung erfolgte mit 237 gegen 135 Stimmen bei 5 Stimmenthalten.

Im Grunde ihres Herzens, so meinte Otto Nuschke von denen, die mit Ja gestimmt hatten — er selbst hatte eine Nein-Stimme abgegeben —, waren sie froh, durch das Ultimatum Clemenceaus der Mühe einer Entscheidung aus eigener Verantwortung entgehen zu sein. Später hat er die Unterwerfung unter das Diktat der Westmächte mit der zivilen Kapitulation der westdeutschen Großbourgeoisie vor den Londoner „Empfehlungen“ zur Bildung eines westdeutschen Separatstaates gleichgesetzt.

Warnend erhob in dieser ersten Stunde die KPD ihre Stimme. In einer Erklärung zur Abstimmung in der Nationalversammlung machte sie darauf aufmerksam, daß die Unterzeichnung des „Vertrages“ ohne die Entmachtung der herrschenden Schichten nichts anderes sein werde als „eine Atempause für die deutsche Gegenrevolution“ — wie es sich denn auch erwiesen hat.

„Hätte damals, nach dem ersten Weltkrieg, das deutsche Volk schon die Lehren aus Krieg und Kriegskatastrophen gezogen, dann hätte es — gestützt auf freundschaftliche Beziehungen zu der jungen Sowjetunion — ein Versailles verhindern können. Dann hätte das deutsche Volk schon damals die Grundlagen eines friedliebenden demokratischen Deutschland errichten können.“ (Nationales Dokument)

Eine gefährliche Entwicklung in der Geschichte der Weimarer Republik begann mit der Berufung *Gustav Noskes* am 27. Dezember 1918 nach Berlin und der Unterstellung der bewaffneten Macht unter das von ihm geleitete Ministerium.

In *Gustav Noske*, einem ehemaligen brandenburgischen Holzfäller, hatte nach dem Wort des französischen Schriftstellers *Benoist-Mechin* der alte Generalstab „einen Mann gefunden, der fähig war, seine Befehle auszuführen“.

Schon in den Jahren vor dem Kriege hatte *Noske*, wie es *Karl Liebknecht* von ihm auf dem Essener Parteitag der SPD im Jahre 1907 gesagt hat, den proletarischen Standpunkt verlassen und den Militaristen in seinen Reden so weitgehende Zugeständnisse gemacht, daß ein Unterschied zwischen diesem „Arbeitervertreter“ und dem reaktionären Kriegsminister kaum noch erkennbar sei. In Fortführung dieser Haltung hatte *Noske* in den ersten Tagen der Novemberrevolution als Gouverneur von *Kiel* die revolutionäre Bewegung niedergeschlagen, setzte er mit der Übersiedlung nach Berlin die Landsknechte der Freikorps, die nach und nach an die Stelle der alten Heeresverbände traten und für die auch in sozialdemokratischen Zeitungen mit großen Inseraten geworben wurde, in Marsch.

„Wer durch den viereinhalb Jahre langen Krieg den Boden unter den Füßen verloren und am Landserleben Geschmack gefunden hatte, der ging in die Freikorps.“

Wer von dem außerordentlich hohen Sold angelockt und auf Räuberei und leichte Beute aus war — der ging in die Freikorps.

Wer ehrliche Arbeit scheute und den Krieg in Permanenz als einzige Lebensmöglichkeit sah — der ging in die Freikorps.“

(*Albert Norden, Zwischen Berlin und Moskau, S. 176*)

Im Januar 1919 wurde zunächst in Berlin die revolutionäre Bewegung niedergeschlagen, wobei 12 000 Arbeiter tot auf dem Platze zurückblieben. Als Opfer entmenschter Mörder fielen am 15. Januar *Karl Liebknecht* und *Rosa Luxemburg*. Den Blutszenen in Berlin folgten Expeditionen gegen *Magdeburg* und *Braunschweig*, eine besonders blutige gegen die Räterepublik in *München*, weitere gegen *Dresden*, *Leipzig* und *Halle*, angeführt von reaktionären Offizieren, denen jedes sozialistische Programm „Räubertum und Anarchie“ bedeutete.

Otto Nuschke gehörte in dieser Zeit zu denen, die für die Vollendung der bürgerlichen Demokratie kämpften und dagegen, daß aus der parlamentarischen Demokratie eine Karikatur wurde. Mit Nachdruck wies er dabei vor allem auf das Risiko hin, das darin lag, daß ein Charakter von der Art *Noskes* über die bewaffnete Macht zu gebieten hatte. In der von ihm geleiteten „*Berliner Volkszeitung*“ und ebenso in seiner Fraktion wandte sich *Otto Nuschke* wiederholt gegen die Umtriebe der Freikorps und gegen die politischen Morde, deren

Opfer stets kommunistische Funktionäre, Arbeiter oder linksbürgerliche Politiker waren, zugleich aber attackierte er den Reichwehrminister selbst, von dem er sagte, daß er ein unheilvoller Mann sei, dem Treiben der Rechten gegenüber blind und auch durch Mordtaten nicht aus der Ruhe zu bringen, während er die Kommunisten und die unabhängigen Sozialisten drangsalierte und einsperren ließ.

Schließlich erhob Otto Nuschke in seiner Zeitung die Forderung, Noske aus seinem Amt zu entfernen. Noskes Antwort bestand in einem auf seine Veranlassung hin erfolgten zweimaligen Verbot der „Berliner Volkszeitung“ und einer Beschwerde bei der Landtagsfraktion der Deutschen Demokratischen Partei, die Aufforderung enthaltend, Nuschke in seiner politischen Bewegungsfreiheit einzuschränken.

Was seit langem zu befürchten war, trat am 20. März 1920 ein. Unter der Führung des Generals Lüttwitz, des Kapitäns Ehrhardt und des Fregattenkapitäns von Loewenfeld besetzten in den frühen Morgenstunden dieses Tages die Freikorps die strategisch wichtigen Punkte der Reichshauptstadt, und der frühere ostpreußische Generallandschaftsdirektor Kapp bildete eine Gegenregierung, die jeden Widerstand größtenteils mit dem Tod bedrohte.

Es blieb jedoch nicht bei den Drohungen, sondern in vielen Fällen wurden die Mordbefehle auch ausgeführt. „Nehmen Sie man gleich Abschied“, herrschte ein Söldner des Freikorps Roßbach eine Landarbeiterfrau an, deren Mann er arretierte, „in einer Stunde ist der Kerl eine Leiche.“ Auf diese Art wie hier in Niendorf bei Wismar wurden während des Kapp-Putsches 64 Menschen ermordet.

Empört und aufs äußerste erregt beantwortete die Arbeiterschaft den Putsch mit dem Generalstreik. Überall wurde die Arbeit niedergelegt. Von Berlin aus, das von der Regierung fluchtartig verlassen worden war, versuchten auch einige dort zurückgebliebene herzhaftere Politiker, so Otto Nuschke und Vizekanzler Eugen Schiffer, der in den Jahren 1945/48 die Zentralverwaltung der Justiz in der damaligen sowjetischen Besatzungszone leitete, den Putschisten zusätzliche Schwierigkeiten zu bereiten. In einer kleinen Druckerei in Steglitz wurden Flugblätter hergestellt, die teilweise auf abenteuerlichem Wege in die Innenstadt transportiert wurden und zum Kampf gegen Kapp aufforderten. Auch veranstaltete Otto Nuschke im Gebäude des von der DDP eingerichteten Demokratischen Klubs in der Viktoriastraße eine Pressekonferenz, in der er Klarheit darüber schuf, daß die Tage der Kapp-Regierung gezählt sind.

Durch den Kapp-Putsch war Noske, der noch am Vorabend des Putsches, am 19. März, die mittlerweile besorgt gewordenen Parteiführer mit der Versicherung entlassen hatte, daß alle Gerüchte über einen drohenden Putsch frei erfunden seien

und er die Reichswehr fest in der Hand habe, aufs schlimmste diskreditiert. Otto Nuschke aber hatte die Genugtuung, daß sein Fraktionskollege Herr von Payer in der nach Stuttgart übergesiedelten Nationalversammlung offen dem Bedauern darüber Ausdruck geben mußte, daß auch Nuschkes Parteifreunde seinen berechtigten Warnungen nicht die gebotene Aufmerksamkeit geschenkt hätten.

Traurig das Nachspiel. Nicht einem der Hochverräter wurde ein Haar gekrümmt. Während sonst jeder Arbeiterfunktionär, der sich der Reaktion widersetzte, als „Rädelsführer“ belangt wurde, gab es im Kapp-Putsch überhaupt keine Führer, sondern nur Mitläufer, — die beteiligten Generäle und Minister nicht ausgenommen. So wurde von den am Kapp-Putsch beteiligten 775 Offizieren nicht einer vor Gericht gestellt. Ja, General Lüttwitz, einer der Hauptverantwortlichen, konnte später von der von ihm verratenen Regierung sogar eine Pension anfordern! Die Brigade Ehrhardt aber, der ihre Anführer für die Putschtage ein Tagegeld von sieben Mark und für den Sturz der Regierung eine Prämie in Höhe von fünfzig Mark versprochen hatten, bekamen diese Beträge von der ihr verratenen Regierung anstandslos ausgezahlt.

Trotz der neuen Schuld, die Noske durch seine Blindheit gegen rechts mit dem Kapp-Putsch auf sich geladen hatte, versuchte er nach dem Putsch, das so schlecht verwaltete Amt sich zu erhalten. Auch hier widersetzte sich Otto Nuschke einer Provokation mit Entschiedenheit.

Im Verlaufe der folgenden Auseinandersetzungen machten zwei bewährte Vorkämpfer des Friedensgedankens und der Demokratie, der Historiker und Vorsitzende der deutschen Friedensgesellschaft Ludwig Quidde, 1927 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet, und Walter Schücking den Vorschlag, Noske durch Otto Nuschke zu ersetzen, um eine Wiederholung derartiger Vorgänge, wie sie sich im Kapp-Putsch abgespielt hatten, ein für allemal unmöglich zu machen. Dem widersetzte sich jedoch die von Wels geführte Sozialdemokratie. Als Nachfolger Noskes wurde darauf Otto Gessler gewählt, — Noskes würdig, der Bundesrepublik aber wert, 1950/52 mit dem Amt des Präsidenten des westdeutschen Roten Kreuzes betraut zu werden.

„Dieser bequeme Opportunist,“ so schrieb Otto Nuschke, „ließ in der Reichswehr nicht nur alles beim alten, sondern er reihte obendrein die aufrührerischen Freikorps in die Reichswehr ein. So kam es, daß der Hauptmann Röhm, Presseoffizier des Wehrkreises München, mit Reichwehrgeld den ‚Völkischen Beobachter‘ kaufen und Herrn Hitler schenken konnte. So nahm das deutsche Unglück seinen Anfang!“

Und doch hat gerade der Widerstand gegen Kapp die Kraft des demokratischen Deutschlands, sofern es nur einig und entschlossen ist, jedermann sichtbar offen-

bart. Wenige Tage des gemeinsamen Widerstandes in einer Einheitsfront, die von den Kommunisten über die sozialdemokratischen Arbeiter bis zu den Linksbürgerlichen reichte, genügten, um den reaktionären Spuk hinwegzufegen!

Die Erinnerung daran beinhaltete für Otto Nuschke die beglückende Gewißheit — auch das ein leuchtendes Signal in eine bessere Zukunft —, daß der Wille des Volkes zu hindern ist, wenn er nachdrücklich und einmütig geltend gemacht wird.

Leider war es der Reaktion, unterstützt von den rechten Führern der SPD, nach diesem großartigen Erfolg der demokratischen Einheitsfront noch einmal möglich, die kämpfenden Arbeiter um den Lohn ihrer Anstrengungen zu betrügen.

„Der Sieg über den Kapp-Putsch vermittelt die geschichtliche Lehre, daß die einheitlich handelnde Arbeiterklasse im Bündnis mit den Bauern und anderen Werktätigen eine gewaltige Kraft ist. Die Mehrheit der Arbeiterklasse hat den Kampf bestanden. Kommunisten, die Masse der Mitglieder der USPD und der sozialdemokratischen Arbeiter hatten gemeinsam gekämpft. Die Erfahrungen der KPD reichten noch nicht aus, um diesen großen Erfolg zu festigen und die Bildung einer Arbeiterregierung oder einer Art Volksregierung zu erzwingen. Die verräterische Haltung der rechten Führer der SPD und der Gewerkschaften sowie rechter Führer der USPD sprengte die Einheitsfront der Arbeiterklasse und betrog die deutschen Werktätigen um die Früchte ihres Sieges. Nachdem diese rechten Führer die Entwaffnung der Arbeiterklasse erreicht hatten, ging die militärische Reaktion an vielen Stellen Deutschlands und vor allem im Ruhrgebiet mit blutigem Terror gegen die Arbeiterklasse vor.“ (Grundriß, S. 109)

Deutsch-sowjetische Freundschaft — ein altes Herzensanliegen

Im Preußischen Landtag entfaltete Otto Nuschke in den Jahren zwischen 1921 und 1933 eine vielseitige Tätigkeit. Weithin bekannt in unserer Partei ist seine Rede vom 13. März 1922 anläßlich der Debatte über eine Hilfsaktion für die Sowjetunion.

Vier Jahre Krieg und sodann die Interventionswirren, der Feldzug der 14 Staaten, in dem zaristische Generäle wie Wrangel, Koltschak und Denikin die Geschäfte ausländischer Kapitalisten besorgten, hatten in Rußland viele Bauernwirtschaften ruiniert. Verschlimmert wurde die Not durch eine Dürre, die im Sommer 1921 weite Gebiete der Sowjetunion heimsuchte. So brach noch einmal, wie in früheren Zeiten so oft, eine Hungersnot über das Land herein. An die 30 Millionen Menschen waren aufs äußerste gefährdet. In dieser Stunde erließ Lenin, vertrauend auf die internationale Solidarität der Arbeiterklasse, die 1920 zu der von der KPD im Widerstand gegen die Interventionspolitik der Bourgeoisie entfachten Be-

wegung „Hände weg von Sowjetrußland!“ geführt hatte, einen Appell, mit dem er die Werktätigen zur Hilfe aufforderte.

Bürgerliche Humanisten unterstützten den Aufruf aufs wärmste. Denn Nahrungsmittel waren in der Welt genügend vorhanden. In den Vereinigten Staaten und in Südamerika, von der erbarmungslosen Glut der Sonne verschont, war eine gute Ernte eingebracht worden, Weizen und Mais, für die im eigenen Land Käufer nicht vorhanden waren, würden in den Lokomotiven verfeuert oder ins Meer geworfen. Daraufhin forderte dann Fridtjof Nansen, bekannt durch seine kühnen Polarfahrten und seine humanistische Gesinnung, den Völkerbund auf, 100 Millionen Mark für die Bekämpfung der Hungersnot in der Sowjetunion zu bewilligen.

Die Regierungen jedoch waren taub. Sie stellten unzumutbare Vorbedingungen, wie die der Anerkennung der zaristischen Vorkriegsschulden durch die Sowjetregierung oder die Abänderung der Wirtschaftsordnung der Sowjetunion, also die Abwendung vom Sozialismus.

Und taub waren ebenso die Ohren der SPD-Führung. Insgesamt blieb infolgedessen die tatsächlich gewährte Hilfe gering. So erklärte Lenin auf dem IX. Gesamtrussischen Sowjetkongreß im Hinblick auf den Gesamtertrag der Hilfe:

„Insgesamt beläuft sie sich auf 2½ Millionen Pud, das war die ganze Hilfe, die wir aus dem Ausland bekamen, die dem hungernden Rußland von den ausländischen Staaten gnädigst erwiesen werden konnte. An Spenden konnten wir annähernd 600 000 Goldrubel sammeln. Das ist eine elend kleine Summe, aber daraus ersehen wir, wie eigennützig sich die europäische Bourgeoisie zu unserer Hungersnot verhalten hat. Sie haben gewiß alle gelesen, wie anfangs, nach den ersten Nachrichten von der Hungersnot, einflußreiche Staatsmänner schwülstig und feierlich erklärten, daß es teuflisch wäre, die Hungersnot zu benutzen, um die Fragen der alten Schulden aufzuwerfen. Ich weiß nicht, ob der Teufel schrecklicher ist als der moderne Imperialismus. Ich weiß nur, daß man tatsächlich versucht hat, trotz der Hungersnot von uns die alten Schulden unter besonders harten Bedingungen zurückzuverlangen. Wir verweigern die Zahlung nicht und erklären feierlich, daß wir bereit sind, hierüber sachlich zu verhandeln. Aber wir werden niemals, unter keinen Umständen zulassen, daß man uns aus diesem Anlaß ohne jede Rücksichtnahme, ohne jede Aufrechnung der gegenseitigen Ansprüche und ohne jede sachliche Erörterung der Fragen in Schuldknechtschaft verstrickt. Sie alle verstehen das, und es kann darüber kein Zweifel sein.“ (Werke, Bd. 33, S. 145)

In Deutschland war um eine echte Hilfsaktion die KPD bemüht, die am 17. August 1921 das Komitee „Arbeiterhilfe Sowjetrußland“ ins Leben gerufen hatte, das dann auch von bürgerlichen Intellektuellen und linksbürgerlichen Politikern

unterstützt wurde. Man führte in den Betrieben und in den Wohnungen Sammlungen durch, und schließlich bildete die Hilfsaktion für die Hungernden in der Sowjetunion auch einen Punkt auf der Tagesordnung des Preußischen Landtags. Nach einem Antrag der Kommunisten sollten aus Staatsmitteln 20 Millionen für diese Hilfsaktion aufgebracht werden.

Nach langen Auseinandersetzungen wurden schließlich fünf Millionen, also ein Viertel der beantragten Summe, bewilligt. Bei dieser Gelegenheit war es, daß Otto Nuschke am 13. März 1922 seine in unserer Parteiliteratur nach 1945 des öfteren zitierte Rede hielt, die charakterisiert wird durch seinen Humanismus und seinen Sinn für das Wesentliche und sodann durch den Protest gegen die Staatsmänner, mit denen später, wie vorstehend registriert, Lenin gründlich abrechnete.

Zunächst stellte Otto Nuschke klar, daß die Erfüllung einer menschlichen Pflicht nicht erpresserisch mit „parteilpolitischen Mätzchen“ und konterrevolutionären Spekulationen verbunden werden darf. Sodann machte er darauf aufmerksam, daß der Antikommunismus, der die Hilfeleistung so verzögert hatte, und die auch von deutschen Generalen empfohlene „Intervention gegen den Bolschewismus“, diese Politik des ewigen Krieges, auf das allerschärfste zu verurteilen ist, weil sie unvereinbar ist mit den legitimen nationalen Interessen. Und schließlich benutzte Nuschke diese Gelegenheit, um die Regierungen aufzufordern, grundsätzlich das durch den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion im Spätherbst 1918 komplizierte deutsch-sowjetische Verhältnis ins reine zu bringen. Er erklärte:

„Wir haben alle Ursache, das Verhältnis zu dem großen russischen Volk so freundschaftlich wie möglich zu gestalten; denn Deutschland und Rußland sind in ihrer Erzeugung, in ihren natürlichen Reichtümern, in ihrer Produktion wie geschaffen zum wechselseitigen Austausch. Es ist nicht nur notwendig, daß wir das Handelsverhältnis vertragsmäßig festlegen, sondern man muß nach meiner Auffassung endlich einmal reinen Tisch machen, indem man die Sowjetregierung diplomatisch anerkennt.“

So bildet diese Rede ein erstes Bekenntnis zur deutsch-sowjetischen Freundschaft als Unterpfand für den dauerhaften Frieden. Und wenn schließlich 40 Jahre später, in der von unserem 10. Parteitag verabschiedeten Entschließung, gesagt wird, die CDU weiß, „daß die Sowjetunion der stärkste Rückhalt der Friedenskämpfer in aller Welt, die erfahrenste Lehrmeisterin aller sozialistischen Länder und der größte Freund unseres eigenen Volkes ist“, dann findet auch diese Feststellung in der von Otto Nuschke von Anfang an eingenommenen Haltung eine historische Bekräftigung. Uns aber ist diese Übereinstimmung ein Zeichen dafür, daß die CDU die Signale des Weltgeschehens zwischen dem 7. November 1917 und dem 8. Mai 1945 verstanden und beherzigt hat.

Der Todesweg der bürgerlichen Presse

Mit Schmerz verfolgte Otto Nuschke in den ersten Jahren seiner parlamentarischen Tätigkeit das, was er den „Todesweg der deutschen Presse“ genannt hat: den Aufkauf bürgerlicher Zeitungen im Privatbesitz durch kapitalstarke Konzerne und Organisationen der Rechtsparteien. Gefördert wurde dieser Übergang bürgerlicher Zeitungen in die Hände von Interessengruppen und reaktionären Parteien, den man vor der Öffentlichkeit stets zu tarnen bemüht war, durch die Inflation und ihre Nachwirkungen.

Eine besondere Rolle in dieser Entwicklung spielte Geheimrat Alfred Hugenberg, von 1908 bis 1918 Generaldirektor der Kruppwerke, Mitbegründer und Hauptfinanzier des Alldeutschen Verbandes und maßgebender Mann der Deutschnationalen, deren Reichstagsfraktion er seit 1920 ununterbrochen angehörte. Hugenberg interessierte sich jedoch nicht nur für große Objekte, wie den Scherlverlag und die Ufa, damals das größte deutsche Filmunternehmen, die er in seinen Besitz brachte, sondern er bemächtigte sich über die Maternkorrespondenzen auch der kleineren Provinzzeitungen.

Ein anderer Großindustrieller, Hugo Stinnes, kaufte in diesen Jahren die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ auf (die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ des Bismarckreiches), und der IG-Farben-Trust wiederum gewann mit Hilfe von Mittelsmännern Einfluß auf Hunderte von Provinzzeitungen.

Zuweilen war solch ein Besitzwechsel, durch den manchem Manne das Lebenswerk zerstört wurde, auch mit menschlichen Tragödien verbunden. Als Otto Nuschke mitgeteilt wurde, daß ein Parteifreund von ihm, der Chefredakteur des „Striegauer Anzeigers“, nach dem Verkauf der Zeitung an die Rechtsparteien Selbstmord verübt hatte, nahm er das zum Anlaß, um am 21. Oktober 1922 von der Tribüne des Preußischen Landtags aus die gefahrvolle Entwicklung des Pressewesens öffentlich zur Sprache zu bringen.

Aufgewachsen im Kampf der Meinungen, als Demokrat nur seinem Volk verpflichtet, war ihm Hugenberg im tiefsten zuwider. „Er ist kein Führer“, so wandte er sich in der „Berliner Volkszeitung“ an seine Leser, „sondern nur der sture Organisator kleinsten Formats, dem jeder staatsmännische Blick abgeht...“, der als glücklicher Inflationsspekulant über weite Gebiete der öffentlichen Meinung gebietet.“

Trotzdem nahm das Sterben der Konzernen nicht verpflichteten bürgerlichen Presse unaufhaltsam seinen Fortgang, korrespondierend später mit dem Eindringen des Faschismus in das Bürgertum. Eine radikale Verminderung erfuhr vor allem die linksbürgerliche Presse. Entfielen im Jahr 1898 24,1 Prozent der Zeitungen auf die bürgerliche Linke, waren es 1930 nur noch 4,3 Prozent.

Nur die revolutionäre Arbeiterpresse blieb ihrer alten Linie treu, wie ja denn auch Hitler der „Einbruch in den Marxismus“

nie gelungen ist. Noch in der Märzwahl des Jahres 1933 vermochte zum Beispiel die KPD genausoviel Stimmen auf sich zu vereinigen wie 1924, nämlich 12,2 Prozent gegenüber 12,6 vor neun Jahren. Statt der 62 Abgeordneten von 1924 aber gehörten dem Reichstag vom März 1933 sogar 81 kommunistische Abgeordnete an.

Rapallo — ein Signal, das Hoffnung erweckte

Eine neue Entwicklung in Richtung auf eine friedliche Orientierung der deutschen Außenpolitik und eine bessere wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Sowjetunion bahnte sich in den Ostertagen des Jahres 1922 an. Am 16. April hatten der deutsche Außenminister Walter Rathenau und der Außenminister der Sowjetunion, Tschitscherin, während der Weltwirtschaftskonferenz von Genua in dem benachbarten Kurort Rapallo jenen Vertrag unterzeichnet, mit dem beide Mächte die diplomatischen Beziehungen wieder aufnahmen, auf jegliche Kriegsentschädigung verzichteten und einen neuen Abschnitt wirtschaftlicher Zusammenarbeit einleiteten. Außerdem hatte Deutschland mit dem Rapallovertrag, der wie eine Bombe eingeschlagen hatte und noch heute den Westmächten als Beispiel einer nationalen deutschen Außenpolitik einen Alldruck verursacht, seine diplomatische Isolierung durchbrochen.

„Wer den Rapallovertrag sorgfältig und ohne Voreingenommenheit durchliest, muß gestehen“, so kommentierte Reichskanzler Joseph Wirth den Vertrag, „daß der Vertrag von Rapallo ein ehrliches, aufrichtiges Friedenswerk ist. Er ist im gewissen Sinne ein vorbildlicher Friedensvertrag. In diesem Friedensvertrag gibt es weder Besiegte noch Sieger.“

Ähnlich bewertete Otto Nuschke in Übereinstimmung mit seiner früheren Haltung in der Frage der deutsch-sowjetischen Beziehungen des Vertragswerk von Rapallo, im Gegensatz zu maßgebenden Politikern der SPD, von denen Reichspräsident Ebert einen starken Widerwillen gegen den Vertrag bekundete, während andere den Vertrag geradezu als die „denkbar schwerste Schädigung der deutschen Interessen für die nächste Zukunft“ hinstellten, weil er — die Verständigung mit den Westmächten nur stören könne...

Leider konnte die Politik von Rapallo ihr letztes Ziel nicht erreichen. Der deutschen Bourgeoisie und den in antisowjetischen Vorstellungen befangenen Nachfolgern Wirths und Rathenaus war der Rapallovertrag nicht ein Ausgangspunkt für eine neue Orientierung der deutschen Politik, sondern nur ein Pressionsinstrument, um vom Westen Konzessionen zu erzwingen. „Ihre Außenpolitik bestand im Grunde darin, mit dem Osten zu verhandeln, um von den Westmächten mehr zu erpressen“ (Albert Norden, Lehren deutscher Geschichte, S. 111).

Acht Wochen nach der Unterzeichnung des Vertrags von Rapallo, am 24. Juni 1922, wurde Walter Rathenau von ehemaligen Angehörigen der Brigade Ehrhardt und der Organisation Consul auf offener Straße ermordet. Wie in den Tagen des Kapp-Putsches, damals zu gemeinsamen Kampfkationen, so fanden sich nun alle demokratischen Kräfte erneut zu machtvollen Demonstrationen gegen den politischen Mord und die Lauheit der Behörden zusammen, dank der die rechtsradikalen Mordhetzer und ihre Werkzeuge kaum noch etwas riskierten.

Dieser Nuschke ist zuviel

Otto Nuschke führte diesen Kampf auch auf der Tribüne des Preussischen Landtags. Er brandmarkte den um sich greifenden Antisemitismus und ebenso den von den Rechtsradikalen propagierten Revanchekrieg nach innen. Voller Abscheu zitierte er einen Satz der „Deutschen Zeitung“, in dem es im Hinblick auf die Rathenau-Mörder hieß: „Es ist im Grunde Edelsinn, nicht Gemeinsinn, was sie zu Verbrechern gemacht hat.“ Der Regierung aber rief er zu, gegen die bösartige Erkrankung des öffentlichen Lebens endlich zum Seziermesser zu greifen — mit dem Erfolg, daß er nunmehr selbst in die Mordhetze einbezogen wurde.

So zitierte er in der Landtagssitzung am 23. März 1923 einen seiner Frau zugegangenen Drohbrief, der mitteilte, daß er „demnächst“ zusammen mit anderen linksradikalen Führern abgeschossen werden würde, gipfelnd in der Feststellung: „Sie können von dieser Mitteilung selbstverständlich den Gebrauch machen, den Sie für gegeben erachten. Eine Abwendung des nun einmal unabwendlich Beschlossenen werden Sie auch mit polizeilicher Hilfe nicht erzielen. Dieser Nuschke ist zuviel.“

Als unter dem Eindruck des Mordes an Rathenau die längst fällige Überprüfung der in den vergangenen Jahren gegen Kommunisten ausgesprochene Urteile erfolgte, setzte sich Otto Nuschke als Mitglied der vom Landtag mit der Erstattung eines Gutachtens beauftragten Kommission zu seinem Teil dafür ein, daß nun auch den Arbeitern die Freiheit zurückgegeben wurde, die im März 1921 im mitteldeutschen Industrieviertel, „von der sozialdemokratischen Preußenregierung provoziert“ (Grundriß, S. 110), die Waffe zu einem heroischen Abwehrkampf erhoben hatten.

Auge in Auge mit dem Faschismus

Wie Otto Nuschke nach 1945 im Hinblick auf die in Westdeutschland einsetzende Remilitarisierung als einer der ersten dazu aufgerufen hat, den Anfängen Widerstand zu leisten, so hat er sich auch vor 1933 als Politiker und Publizist ganz besonders dem emporkommenden Faschismus mit Leidenschaft widersetzt. Noch heute existieren aus dieser Zeit zahlreiche

Reden und Aufsätze, in denen Otto Nuschke mit dem Nationalsozialismus abgerechnet und warnend darauf hingewiesen hat, daß die faschistische Propaganda und Mordhetze die staatliche Ordnung unterwühlt und das Denken des Volkes vergiftet.

Bereits vor dem Bürgerbräuputsch, dieser Enthüllung faschistischer Gewaltsamkeit, Maßlosigkeit und Verantwortungslosigkeit, hat Otto Nuschke von der Tribüne des Preußischen Landtags die völlige Gleichgültigkeit des Faschismus gegenüber dem Schicksal von Volk und Staat, seine Machtgier und seine Mißachtung jeder Rechtssatzung dargelegt, — lange bevor Göring den zynischen Ausspruch getan hat, daß sein Gewissen „der Führer“ sei.

In seiner Rede vom 23. März 1923 klagte Otto Nuschke den Nationalsozialismus an, daß es ihm nicht um Deutschland gehe, sondern nur um die Befriedigung eines höchst persönlichen Machtkitzels. In der gleichen Rede brandmarkte er den Antisemitismus der Nationalsozialisten, der von Anfang an auf Mord und Ausrottung abgestellt war, und ebenso das Unwesen die Geheimbünde. Wiederholt warnte Otto Nuschke die Kurzsichtigen, die, wie die Deutschnationalen unter dem ihm so verhaßten Hugenberg, der Illusion anhängen, mit den Faschisten die Macht teilen zu können, damit jedoch nur ihre eigene Organisation der Unterwanderung und Zerstörung aussetzen und das durch die ihnen eigene Ideenlosigkeit noch förderten.

Aber nicht nur die Faschisten klagte Otto Nuschke an, — auch die Regierung machte er verantwortlich für das Umsichgreifen der Rechtlosigkeit in Deutschland und die krisenhafte Zuspitzung der innenpolitischen Situation. „Wenn man“, so rief er der preußischen Regierung zu, „Institutionen, Organisationen, denen ihre Staatsfeindlichkeit vom Staatsgerichtshof assistiert wird, nicht auflösen will, obwohl man selbst ihre Gefährlichkeit für den Staat einsieht, — wenn dann allerdings der einzelne zum Selbstschutz greift, dann liegt das an der mangelnden Autorität der Regierung.“

Aus gleichen Erwägungen rief er in einer anderen Rede am 21. Juni 1923 der Staatsregierung zu: „Es hat eine reine Desperadogesinnung Platz gegriffen, und es ist ganz klar, daß von jener Politik die Zerrüttung, die Verwahrlosung und die Zersetzung der Staatspolitik ausgehen muß.“

So ließen sich viele Beispiele anführen, mit welcher Deutlichkeit Otto Nuschke der nach seinen Worten „auf die Dummheit und Aufpeitschung der niedrigsten Masseninstinkte abgestellten Hetzarbeit“ der Faschisten, aber auch der feigen Heuchelei der Regierungen in den Ländern und im Reich entgegengetreten ist, die, zu jeder ernsthaften Aktion unfähig, dennoch den Eindruck erwecken wollten, als seien sie gewillt, Ordnung zu gewährleisten.

Aus der Hoffnung heraus, daß schließlich doch die Vernunft sich durchsetzen müsse, überschätzte Otto Nuschke damals offensichtlich das 1924 von der SPD, der DDP und dem Zentrum ins Leben gerufene Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, von dem er glaubte, daß diese „Freiheitsarmee von drei Millionen Männern“ den „Jüngelchen um Hitler“ zeigen werde, daß es nunmehr ein für allemal mit ihnen vorbei ist. Diese Hoffnung mußte freilich scheitern, weil die rechte SPD-Führung bereits die erste Voraussetzung eines erfolgreichen Kampfes, die Aktionsgemeinschaft mit den Kommunisten, ablehnte.

Mit dem Herannahen der Katastrophe der Weimarer Republik wurden die Warnungen Otto Nuschkes eindringlicher, die zeitlichen Abstände zwischen ihnen kürzer. So hat er allein in der Zeit vom Juni bis zum September 1932 viermal im Preußischen Landtag die Nationalsozialisten aufs heftigste attackiert, zu einer Zeit also, in der die Nationalsozialisten im Reichstag und im Preußischen Landtag bereits eine Großzahl von Mandaten im Besitz hatten. Mutig rief Otto Nuschke ihnen zu, daß sie trotz ihrer mandatsmäßigen Stärke zu einer konstruktiven Politik unfähig seien, nur darauf bedacht, die Freiheit des Verbrechens zu realisieren. Wollten die Nationalsozialisten doch 40 000 ihrer wegen Verbrechens gegen Leib, Seele und Gut ihrer Mitmenschen rechtskräftig verurteilten Anhänger unbesehen amnestieren.

Von dem später so berüchtigt gewordenen Blutrichter Dr. Freisler aber sagte Otto Nuschke in diesen Auseinandersetzungen, daß bereits seinen Reden zu entnehmen sei, „welche ungeheuren Gefahren für unseren ganzen Rechtsstaat und für unser Kulturleben aus diesem Radikalismus und seinen politischen Leidenschaften erwachsen“.

Als Freiherr von Papen, gestützt auf den Klub der Barone, sich als Reichskommissar in Preußen in den Sattel schwang, versuchte Otto Nuschke mit historischen Parallelen, eine Gegenaktion auszulösen; denn, so gab er zu bedenken, „man weiß zwar, wo diese Entwicklung anfängt, aber nicht, wo sie aufhört“. Zwar vermerkt das Protokoll des Preußischen Landtags an dieser Stelle ein „Sehr richtig“ aus den Bänken der Abgeordneten, nur kann die Geschichte nicht berichten, daß wenigstens in dieser späten Stunde die gemeinsame Abwehr, zu der die Kommunisten die Hand boten, begonnen hätte.

Den Gipfelpunkt dieser Auseinandersetzungen bildete die Rede Otto Nuschkes am 22. September 1932, mit der er, während im Saal lebhaftere Bewegung aufkam und der Präsident unentwegt die Glocke schwang, infamen persönlichen Beleidigungen durch den brandenburgischen Gauleiter Kube mit Würde und Festigkeit entgegentrat, dessen „fundamentale Unkenntnis“ verspottend. Als Nuschke dann noch versicherte, daß er nicht die Absicht habe, auf das Niveau eines Herrn

Kube herabzusteigen, wurde er von der weiteren Teilnahme an der Sitzung ausgeschlossen.

Auch noch nach der „Machtübernahme“ durch Hitler wandte sich Otto Nuschke mit dem alten Elan gegen den Faschismus. So assistierte er den Kommunisten im Preußischen Landtag am 4. Februar 1933 im Widerstand gegen den von den Nationalsozialisten eingebrachten Auflösungsantrag mit dem Hinweis darauf, daß hier Parteigewalt mit Staatsautorität verwechselt und versucht werde, mit allen Mitteln die ungestörte Ausübung brutalster Parteimacht zu gewährleisten. Sollte doch der Landtag aufgelöst werden, damit er in Verbindung mit der Neuwahl des Reichstags „gleichgeschaltet“ werden konnte.

Den Abschluß dieser Rede, gleichsam das letzte Wort Otto Nuschkes im Preußischen Landtag, der Zukunft weit vorgreifend, bildete jener Satz, in dem er seiner Gewißheit Ausdruck gab, daß sich „die Kulturhöhe unseres großen, leidenden und geduldigen Volkes dadurch erweisen wird, daß es die Ideen der nationalen Demokratie anerkennen wird noch zu einer Zeit, da der gewalttätige und rassenkämpferische Nationalsozialismus in Deutschland nur noch eine peinliche Erinnerung sein wird“.

Angesichts dieser Gesinnung, die es ihm ermöglichte, dem Faschismus noch in der Stunde seines Triumphes den sicheren Untergang vorauszusagen, konnte sich Otto Nuschke dann einer weiteren politischen Wirksamkeit nicht mehr erfreuen. Wohl wählten ihn seine alten Wähler auch in der erzwungenen Neuwahl nun erst recht in den Landtag. Aber schon in der ersten Sitzung des Parlaments von 1933 schrie ihm sein alter Widersacher Kube in einem Wutausbruch zu: „In diesem Hause reden Sie und Ihresgleichen nicht!“

Kurz zuvor war Otto Nuschke den Faschisten noch einmal dadurch entgegengetreten, daß er sich in einer gemeinsamen Sitzung des Parteivorstandes der Deutschen Staatspartei und ihrer Abgeordneten, allerdings vergeblich, für die Ablehnung des von Hitler geforderten Ermächtigungsgesetzes ausgesprochen hatte.

Nunmehr war für mehr denn ein Jahrzehnt die politische Wirksamkeit Otto Nuschkes beendet. Ebenso aber auch die journalistische Arbeit, die er drei Jahrzehnte hindurch ausgeübt hatte. Der Reichsverband der Deutschen Presse schloß ihn aus seinen Reihen aus.

Sein Leben fristete Otto Nuschke fortan als Bauer auf einem kleinen Besitztum in Nieder Neuendorf, mehrfach von der Gestapo aufgespürt, aufbegehrend in illegaler politischer Tätigkeit, durch glückliche Zufälle jedoch vor dem sonst üblichen Schicksal der Gegner des Faschismus bewahrt.

II. Staatsmann und Parteiführer

Erneuerung der Welt im Geist des Sozialismus

Den Jahren der Kritik, der Propaganda und des Widerstandes gegen eine unheilvolle Entwicklung folgte nach dem Zusammenbruch des Faschismus ein Jahrzehnt konstruktiven Wirkens als Parteiführer und Staatsmann.

In drei Jahrzehnten eines schweren politischen Kampfes gegen Kriegshetze und Völkervergiftung, gegen Lauheit und Blindheit, gegen Passivität und Uneinigkeit, —

gegen eine Formaldemokratie, die ihre eigenen Institutionen immer mehr aushöhlte und den Gegner preisgab, —

in einem langen Jahrzehnt seelischer Erschütterungen durch die mitten in einem bisher unerreichten zivilisatorischen Fortschritt hereingebrochene faschistische Barbarei war in Otto Nuschke unter schmerzlichen Erfahrungen die Erkenntnis gereift, daß Frieden und Demokratie mit den bisherigen Methoden nicht zu gewinnen sind, daß es vielmehr anderer Mittel, daß es grundlegender gesellschaftlicher Reformen bedurfte, wenn es endlich in Deutschland besser werden sollte.

„Die vierzehnjährige Geschichte der Weimarer Republik hatte bewiesen, daß auf dem Wege der formalen bürgerlichen Demokratie, die die Diktatur des Monopolkapitals verschleiert, weder die Interessen der Arbeiterklasse noch die Lebensfragen unseres Volkes gelöst werden können. Die Geschichte der Weimarer Republik war nicht die Geschichte einer den Interessen des Volkes dienenden Demokratie. Sie spiegelte vielmehr die Formierung der imperialistischen, antidemokratischen Kräfte des Finanzkapitals und des Militarismus und deren Politik wider, die, getarnt hinter der bürgerlich-demokratischen Fassade des Weimarer Staates, auf die Vernichtung der Demokratie und die Errichtung der offenen faschistischen Diktatur über die deutsche Arbeiterklasse und das ganze deutsche Volk gerichtet war. Die Geschichte der Weimarer Republik zeigte, daß Herrschaft des Imperialismus und wirkliche Demokratie unvereinbare Gegensätze sind.“ (Grundriß, S. 129)

Darin, daß Otto Nuschke die Signale aus miterlebter Geschichte gehört, verstanden und in kämpferischer Auseinandersetzung mit entgegenstrebenden Kräften richtungweisend für die Arbeit der CDU ausgewertet hat, liegt seine politische Bedeutung. So fand er den inneren Anschluß an die sozialistische Bewegung, die in den Jahren seines politischen Reifens immer stärker in Deutschland hervorgetreten war und nach 1945 in unserm Raum zur gestaltenden Kraft geworden ist.

Schon im Mai 1948 rief er, durchdrungen von dem Bewußtsein, daß nur der Sozialismus eine bessere Zukunft bringen kann, den Reaktionen zu:

„Das Wort Sozialismus schreckt uns nicht.“

1950 ließ Otto Nuschke dieser Feststellung das uneingeschränkte Ja folgen, überzeugt, daß nur so der Geist des Gründungsauftrags verwirklicht werden kann. In einem Artikel zum fünften Jahrestag der Parteigründung schrieb er:

*„Die CDU hat den Schritt in den Sozialismus bewußt mit-
getan. Sie hat damit den Anschluß an die Erneuerung
der Welt im Geist des Sozialismus gefunden.“*

Zwei Jahre später, nachdem die II. Parteikonferenz der SED im Juli 1952 den Übergang zum planmäßigen Aufbau der Grundlagen des Sozialismus beschlossen hatte, erklärte Otto Nuschke am 17. Oktober 1952 auf dem 6. Parteitag in Berlin:

*„Wir sind für den Sozialismus, weil er die unerläßlichen
wirtschaftlichen Voraussetzungen schafft, die für die Entfal-
tung wahren Menschentums notwendig sind. Wir wissen, daß
auch die sittlichen und religiösen Tugenden eines Menschen
sich nicht entwickeln können, wenn er in wirtschaftlicher Not
und sozialem Elend lebt, wenn er keine Stunde frei hat für
das Familienleben, sondern in ständiger Angst um Brot und
Miete für den morgigen Tag lebt.“*

Selbst ein gläubiger Christ, der die Gebote des Evangeliums ernst nahm, wissend um die Wahrheit des Pauluswortes: „Denn alle Gesetze werden in Einem Wort erfüllt, in dem: liebe deinen Nächsten als dich selbst“ (Gal. 5, 14), hat Otto Nuschke mit seiner Mitarbeit am Sozialismus und an der Entwicklung sozialistischer Produktions- und Lebensformen den Mitgliedern unserer Partei und darüber hinaus auch parteilosen Christen den Weg gewiesen.

Verständnisvoll erläuterte er die geschichtliche Situation, die Gesetzmäßigkeit des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, zerstreute er Ängstlichen und Zweifelnden die Sorgen, erfüllte er sie mit Optimismus, indem er ihnen nachwies, daß die Entscheidung für den Sozialismus dem Christen nicht wesensfremd ist, sondern das Wiederanknüpfen an fortschrittliche Traditionen beinhaltet, die sich durch die Jahrhunderte hindurch bis in die Tage der Urgemeinde zurückverfolgen lassen.

Und dieses Aufeinanderangewiesensein, diese Zusammengehörigkeit christlicher und marxistischer Menschen in der praktischen Arbeit hat seitdem stets aufs neue eine Bestätigung gefunden. Verwiesen sei hier auf die engen Beziehungen zwischen den Forderungen, die das Menschenbild des Sozialismus charakterisieren, enthalten im neuen Parteiprogramm der SED, und den Geboten, die dem christlichen Menschen auferlegt sind. Denn das, was das Menschenbild des Sozialismus bestimmt, ist eben das Bekenntnis zu echter

Gemeinschaft in der Familie, im Volk und in der Welt, verbunden mit der Forderung, diese Gemeinschaft zu realisieren. Es ist weiter die Verpflichtung zu verantwortungsbewußter Arbeit und Lebensführung, zur Hilfe für den Nächsten, ein Aufruf zu stetiger sittlicher Vervollkommnung und zur Arbeit für den Frieden.

Trennend allerdings steht nach wie vor zwischen uns der Unterschied zwischen dem Atheismus und dem christlichen Glauben in den Fragen der letzten Dinge. Kann es also, wie es auch die CDU wiederholt festgestellt hat, niemals eine ideologische Koexistenz zwischen Christentum und Marxismus geben, so braucht das jedoch die gemeinsame politische Arbeit nicht zu behindern.

In den ideologischen Auseinandersetzungen, wie sie mit dem Kampf für den Sozialismus verbunden waren, gewannen die Mitglieder unserer Partei Verständnis für diese Zusammenhänge, erkannten sie als richtig, was in dem Satz ausgedrückt ist:

*„Die sozialistische Umwälzung in der DDR erfüllt erstmalig
in der Geschichte unseres Volkes die gesellschaftlichen An-
liegen und ethischen Forderungen auch der friedliebenden und
fortschrittlichen Christen, ihre Friedenssehnsucht und ihr Ver-
langen nach einer sozial gerechten Ordnung der Beziehungen
zwischen den Menschen.“*

So wurde es beispielsweise möglich, daß in vielen landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften christliche Menschen in ansehnlicher Zahl hervorragende Leistungen vollbrachten und schwächeren Nachbargenossenschaften in ihrer Entwicklung Hilfe leisteten, daß unsere Handwerker sich in die Entwicklung zur PGH einreiheten, daß Inhaber privater Industriebetriebe auf die Initiative der CDU hin im Wege staatlicher Beteiligung eine Wende in der privaten Wirtschaft herbeiführten und so in vertrauensvoller, fruchtbarer Zusammenarbeit mit der Staatsmacht ihre Betriebe dem sozialistischen Geist öffneten.

Wie innig Otto Nuschke an dieser Entwicklung teilnahm — so führte er auch am ersten Jahrestag der staatlichen Beteiligung, am 20. Februar 1957, den Vorsitz in der Beratung der Parteileitung mit den Vertretern der halbstaatlichen Industrie —, spiegelt sich auch darin wider, daß er der CDU die besondere Aufgabe zugewiesen hat, die privaten Bereiche der Wirtschaft mehr und mehr mit sozialistischem Gehalt zu erfüllen. „Handwerk und werktätige Bauernschaft sind von der ideellen und wirtschaftlichen Überlegenheit der genossenschaftlichen Zusammenarbeit gegenüber der persönlichen Isolierung des Betriebes zu überzeugen“ (Mahnung und Beispiel, S. 87).

So ist uns Otto Nuschke als Staatsmann und Parteiführer ein profilierter Mitarbeiter des Sozialismus, harmonierend mit

der klaren Losung, die unser 9. Parteitag ausgab: „Der Sozialismus ist die Zukunft und der Friede!“ Weil er selbst davon überzeugt war, daß mit dem Sozialismus die große Weltwende angebrochen ist, vermochte Otto Nuschke auch andere zu überzeugen. Weil er selbst begeistert war, wollte er auch in anderen den Elan wecken, der allein Großes zustande bringen kann.

So war ihm der Sozialismus keine Obliegenheit der Bürokratie und der Administration, sondern ein Entwicklungsprozeß, der nur unter der lebendigen Anteilnahme aller Wirklichkeit werden kann, — im Hinblick auf den Christen aber ein Beweis für den Ernst seines Tatchristentums. Denn erst der Sozialismus läßt — wie es Gerald Götting in seinem Referat auf dem 6. Parteitag der CDU am 18. Oktober 1952 in Berlin hervorgehoben hat — die christlichen Ideale einer fortschrittlichen Erneuerung der Formen des menschlichen Zusammenlebens in einem Maße Wirklichkeit werden, das in keiner Gesellschaftsform bisher erreicht werden konnte.

Die erste und wichtigste Lehre der deutschen Geschichte

Noch lag Berlin in Trümmern, noch fehlte vielen Menschen das Dach über dem Kopf, in den Fensterrahmen das Glas, war die Zukunft dunkel und ungewiß, kreisten alle Gedanken um des Leibes Nahrung und Notdurft, als Otto Nuschke mit der Unterschrift unter dem Gründungsaufwurf der CDU am 26. Juni 1945 seine politische Arbeit nach zwölfjähriger Pause wieder aufnahm.

Aber nicht jeder der Namen, die unter diesem Aufruf standen, konnte als eine Garantie für ein besseres Morgen gewertet werden. 1945 wiederholte sich, was Otto Nuschke 1919 bei der Gründung der Deutschen Demokratischen Partei erfahren hatte. Manch einer dachte, wenn er von der Demokratie und der Notwendigkeit einer Neuordnung sprach — angeblich sogar bereit, zumindest die Schlüsselunternehmen unserer Wirtschaft der Staatsmacht zu unterstellen — nur daran, wie er selbst durch Konzessionen auf Zeit „im Geschäft“ verbleiben könne.

Die Scheidung der Geister bahnte sich an, als unsere Menschen zu wählen hatten, ob es wiederum bei einer demokratischen Fassade, deren ganze Problematik in der Zeit der Weimarer Republik so sichtbar geworden war, verbleiben oder ob endlich mit dem demokratischen Gedanken Ernst gemacht werden sollte.

Was in der Vergangenheit nur in den Stunden dringender Not wirksam geworden war, die Einheitsfront der demokratischen Kräfte, die im Generalstreik der 12 Millionen gegen Kapp den reaktionären Spuk innerhalb weniger Tage hinweggefegt und im Volksentscheid über die Fürstenabfindung 14,5 Millionen Wähler mobilisiert hatte, vier Millionen mehr, als in der voraufgegangenen Wahl für die KPD und SPD

gestimmt hatten, mußte nunmehr für die Dauer begründet und institutionell verankert werden.

An vielen Beispielen, in Vergleichen zwischen dem Gestern und dem Heute, legte Otto Nuschke immer wieder — so etwa am 16. Mai 1950 vor dem Hauptvorstand der CDU — dar, daß die weltpolitische Situation ein festes Zusammenstehen der demokratischen Kräfte erfordert, statt zeitweiser Wahlbündnisse Vereinbarungen auf Jahre hinaus, also die Überwindung der Zerrissenheit der demokratischen Kräfte und jener Formaldemokratie, die in der Weimarer Republik zum staatlichen Selbstmord geführt und Hitler im Wege „freier Wahlen“ nach dem Muster der Hottentottenwahlen die „Machtübernahme“ ermöglicht hatte.

„Die Uneinigkeit und Zersplitterung dieser (demokratischen) Kräfte in den Jahren der Weimarer Republik hatten den Faschisten den ‚Weg an die Macht‘ erleichtert und sie bei der Verwirklichung ihrer verbrecherischen Absichten begünstigt. Das Vermächtnis der antifaschistischen Widerstandskämpfer, die für Deutschlands Zukunft ihr Leben hingegeben hatten, verpflichtete die demokratischen Kräfte zu einmütigem Zusammengehen bei der Bewältigung der neuen Aufgaben. Die erste und wichtigste Lehre der Geschichte besagte also, daß die Einheit der demokratischen Kräfte als das entscheidende Unterpfand für Erfolge auf dem Wege in ein neues Leben unseres Volkes fest geschmiedet und um jeden Preis verteidigt werden mußte.“ (Entschließung des 10. Parteitags)

Diese Einheit der demokratischen Kräfte, die auch Otto Nuschke in der Vergangenheit so schmerzlich vermißt hatte, half er nach 1945 mit aller Kraft aufzurichten.

Zu einer entscheidenden Etappe auf diesem Wege wurde 1947 der Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden. Wieder, wie schon im Kampf für den Fortschritt im wilhelminischen Kaiserreich, fand Otto Nuschke unter den Gegnern auch Politiker aus den eigenen Reihen. Sie wurden angeführt von dem damaligen Parteivorsitzenden Jakob Kaiser. Korrespondierend mit dem immer stärkeren Mißbrauch des Christentums durch die Adenauer-CDU wollte Kaiser in den Sommer- und Herbstmonaten des Jahres 1947 die CDU aus der Blockgemeinschaft der antifaschistisch-demokratischen Parteien hinausmanövrieren und — in Kampfstellung gegen die SED — der westlichen Frontbildung gegen die Sowjetunion und gegen den Sozialismus dienstbar machen.

Mit bemerkenswertem persönlichem Mut stellte sich Otto Nuschke, darin ein Dolmetscher der Empfindungen breiter Kreise unserer Parteimitglieder, ja unseres Volkes, dieser unheilvollen Politik, die nur in neue Kriegsverbrechen führen und die Spaltung Deutschlands vertiefen konnte, entgegen. Er legte dar, daß ein Appell an die Massen in der größten und wichtigsten Lebensfrage unseres Volkes berechtigt und eine

demokratisch legitimierte Aktion ist. So gab er den Mitgliedern unserer Partei eine klare Direktive.

Mit ihm nahmen 219 Angehörige der CDU, unter ihnen unser heutiger Parteivorsitzender August Bach, Generalsekretär Gerald Götting, Oberbürgermeister Luitpold Steidle und Arnold Gohr, am Ersten Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden teil, entschlossen wie er, „unermülich und eisern zu wirken, das deutsche Volk zu wecken und zu mahnen, das von den Vätern übernommene köstliche Gut der Einheit sich kämpfend zu erhalten“. In diesem Geist wirkte Otto Nuschke im Präsidium des Volkskongresses und in dem auf die Initiative Luitpold Steidles hin gebildeten Gremium für die Fortführung der Arbeiten, auf den Tagungen des Nationalkongresses und als Mitglied des Präsidiums der Nationalen Front.

Eine neue bedeutende Aufgabe wurde Otto Nuschke durch den von ihm mit dem Referat „Die Union in ihrer gesamtdeutschen Verantwortung“ eingeleiteten 3. Parteitag der CDU im September 1948 mit der Wahl zum Vorsitzenden der Partei übertragen. Diese Berufung war ein Ausdruck des Vertrauens unserer Mitglieder, dessen Bedeutung noch dadurch gesteigert wurde, daß Otto Nuschke bereits auf dem Parteitag des Vorjahres die höchste Stimmenzahl von allen Vorstandsmitgliedern erreicht hatte. Die Entscheidung des 3. Parteitags ist dann von jedem neuen Parteitag bis 1956 stets erneut bestätigt worden.

In Konsequenz seiner Haltung im Herbst 1945 war Otto Nuschke in den folgenden Jahren unentwegt bemüht, das gewaltige Werk des staatlichen Neuaufbaus zu fördern und Störaktionen vom Westen her abzuwehren. Bestimmend für die überparteiliche Zusammenarbeit in unserer Republik war für die Mitglieder der Christlich-Demokratischen Union die vom Hauptvorstand am 7. Dezember 1955 ausgesprochene Überzeugung, „daß allein die Arbeiterklasse und ihre Partei in der Lage sind, eine neue gesellschaftliche Ordnung zu schaffen und damit das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit zu realisieren“.

So verstand Otto Nuschke den Entschluß der Parteien und Massenorganisationen, die Wahlen im Herbst 1950 auf der Grundlage gemeinsamer Kandidatenlisten durchzuführen, wie sie seitdem für unsere Demokratie charakteristisch geworden sind, als Ausdruck weitgehender Gemeinsamkeit und als eine Garantie dafür, daß die Feinde des Volkes, die Feinde des Friedens, nicht abermals Gewalt über uns gewinnen und unsere Aufbauarbeit untergraben. „Wir können uns den Luxus nicht leisten, getrennt zu den Wahlen zu marschieren“, erklärte Otto Nuschke am 25. August 1950 vor dem Deutschen Nationalkongreß, — denn dieser „Luxus“ hat schließlich in seiner letzten Auswirkung mehr denn 60 Millionen Menschen auf den Schlachtfeldern des zweiten Weltkriegs und in den Vernichtungslagern des Faschismus das Leben gekostet.

So ist uns Otto Nuschke als Parteiführer und Staatsmann ein Wegbahner in die Einheit der demokratischen Kräfte, der Begründer einer wetteifernden Mitarbeit in der Nationalen Front, ein Beispiel in der Mobilisierung der moralischen, politischen und wirtschaftlichen Kräfte christlicher Menschen für eine neue Welt, — ein Vorbild dafür, wie die erste und wichtigste Lehre unserer Geschichte beherzigt werden muß.

Auch der Pressemensch ist ein Soldat

Am Anfang der Rückkehr Otto Nuschkes in die Politik stand die Rückkehr in die Presse. Als Verlagsleiter der „Neuen Zeit“ arbeitete Otto Nuschke am Aufbau einer Presse neuen Typs mit, einer wirklich demokratischen Presse.

Wesen und Grenzen der bürgerlichen Presse hatte Otto Nuschke in den Jahren in Marburg und sodann in Berlin zur Genüge kennengelernt. So wußte er nur zu gut, daß die vielgefeierte Pressefreiheit in einem bürgerlichen Staat eine recht zweifelhafte Sache ist. Denn in der bürgerlichen Presse ist der Journalist abhängig von seinem Verleger, und der wiederum von den großen Inserenten. So ist die bürgerliche Presse mehr oder weniger allen ein Geschäft, und den Herausgebern der Generalanzeigerpresse in den Jugendjahren Otto Nuschkes war sie sogar ein reines Geschäft. Die neue Presse dagegen sollte ein politisches Kampforgan sein, ein kollektiver Agitator, Propagandist und Organisator, wie es uns allen als Forderung Lenins bekannt ist.

Anschaulich, reich mit Humor gewürzt, aber auch mit großem sittlichem Ernst arbeitete Otto Nuschke in einer Gastvorlesung vor der Fakultät für Journalistik an der Karl-Marx-Universität in Leipzig — anlässlich der Verleihung der Würde eines Ehrendoktors an ihn — den Unterschied zwischen den bürgerlichen Zeitungen und unserer demokratischen Presse heraus, die sich in ihrer Arbeit auf die Traditionen der alten Arbeiterpresse stützen kann.

Während es in der bürgerlichen Presse möglich gewesen sei, daß ein Journalist seine Feder verkaufte, indem er als Mitarbeiter von Zeitungen unterschiedlicher Tendenz in einem Artikel das Gegenteil von dem behauptete, was er in einem anderen dargelegt hatte, habe der Journalist unserer demokratischen Presse ein Mandat als Kämpfer und Fackelträger. „Auch der Pressemensch ist ein Soldat ... beauftragt mit der dankbaren Aufgabe, die Fackel zu sein, die hinüberleuchtet bis ins kleinste oberbayrische Dorf, um auch dort die Wahrheit zu verbreiten.“

Damit machte sich Otto Nuschke die Hoffnung zu eigen, die im vergangenen Jahrhundert ein humanistisch gesinnter Gelehrter in die Worte gekleidet hatte: „Der Journalist hat einen wunderbaren Beruf. Die Presse ist eine Kulturmacht. Die Wissenschaft ist für die Masse immer unbegreiflich; die Zei-

tung ist es, die den Menschen aus dem Ungewissen erretten muß. Wie die Trompeten von Jericho müßten die Zeitungen gegen allen Trug und Aberglauben zeugen. Ein St. Michael, ein Fackelträger ist jeder Zeitungsmann, der seinem Beruf aus dem tiefen Bewußtsein dient, die Menschheit an den Rand einer besseren Zeit zu geleiten.“

An die Verwirklichung dieses weitgesteckten Zieles konnte freilich erst in der sozialistischen Ordnung gedacht werden, die den Journalisten aus den kapitalistischen Fesseln befreit und ihn zum Sprecher seines Volkes gemacht hat und in der durch die Zeitung auch Beträchtliches in der Popularisierung der Wissenschaften geleistet worden ist.

So konnte, unter hervorragender Mitarbeit Otto Nuschkes, der Hauptvorstand der CDU der Unionspresse am 25. Juli 1950 die Aufgabe stellen:

„Die Zeitungen der CDU sehen wie alle demokratischen Zeitungen in der DDR ihre höchste Aufgabe darin, mit ihren Mitteln den Kampf der Nationalen Front und des Friedenslagers zu unterstützen. Sie haben sich gemäß ihrer Eigenart als Zeitungen der CDU die besondere Aufgabe gestellt, die christliche Bevölkerung unserer Republik über die großen politischen Veränderungen, die wir heute durchmachen, zu unterrichten, sie über die bedeutsamen geschichtlichen Entscheidungen, die heute von jedem einzelnen deutschen Menschen gefällt werden müssen, aufzuklären und alle Christen im Raum unserer Republik und darüber hinaus in Gesamtdeutschland für unseren nationalen Befreiungskampf zu gewinnen. Nicht zuletzt sind sie schließlich das Instrument der fortschrittlichen christlichen Politiker in ihren Auseinandersetzungen mit den Mächten, die die alte Zeit wiederkehren lassen wollen. Sie unterstützen unsere Partei bei der Gestaltung unserer Republik und sollen die Mitarbeiter der Union in ihrem Friedenskampf anleiten.“

Aktiver Journalist noch nach der Betrauung mit einem hohen Staatsamt, hat Otto Nuschke Jahre hindurch durch seine sonntäglichen Leitartikel im CDU-Zentralorgan „Neue Zeit“ in diesem Geist die Weltpolitik und das Geschehen in der DDR den Lesern verständlich gemacht und den komplizierten Prozeß des Bewußtseinswandels gefördert.

So ist der Journalist Otto Nuschke der Presse der CDU Vorbild und Beispiel dafür, wie der Journalismus als Waffe im Kampf für die nationale Einheit, den Sozialismus und den Frieden gehandhabt werden muß.

Im Dienste des Volksstaates

Gesetzgeberische Arbeit leistete Otto Nuschke als Mitglied des Landtags von Sachsen-Anhalt in Halle, dem auch Walter Ulbricht angehörte, und als Mitglied des Brandenburgischen Landtags in Potsdam.

Im abgetragenen Rock, der viel zu weit war nach den Entbehrungen der Kriegsjahre, das Herz jedoch voller Hoffnung für Volk und Staat, machte Otto Nuschke seine vielseitigen Kenntnisse der demokratischen Neuordnung nutzbar.

In der Geburtsstunde unserer Demokratie waren viele seiner Fraktionskollegen, wie es nach ihrer politischen Herkunft anders nicht sein konnte, befangen in den alten Vorstellungen einer demokratischen Ordnung auf der Grundlage der Gewaltenteilung, die mit der Französischen Revolution von 1789 ihren Siegeszug durch Europa angetreten hatte. „Die Forderung der schroffen Trennung der Gewalten“, so schrieb einmal Karl Liebknecht (Werke, Bd. II, S. 364), „ist nur als die Frucht einer Zeit zu begreifen, in der die Klärung über die wirklichen demokratischen Bedürfnisse noch fehlte.“

In der Volksdemokratie, wie sie sich nach 1945 bei uns herausbildete, bedurfte es jedoch hemmender Gegengewichte ebensowenig wie des parlamentarischen Stils mit Regierungs- und Oppositionsparteien. Eine neue, höhere Form der Demokratie trat ins Leben: das gemeinsame Zusammenwirken aller Parteien, die klärende Aussprache und Auseinandersetzung, die allen die Zustimmung ermöglichte, — das System der Blockpolitik.

„Die Schaffung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung war das gemeinsame Werk aller ehrlichen demokratischen Kräfte, die erste und entscheidende geschichtliche Bewährungsprobe des jungen Demokratischen Blocks. Sie erwies zugleich in der Praxis bereits damals die Notwendigkeit und Berechtigung der führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei, vor allem in dem erbitterten Kampf gegen die Reaktion, die jenen umwälzenden Maßnahmen stellenweise heftigen Widerstand entgegengesetzte.“ (Entschließung des 10. Parteitags)

Zu den bedeutendsten Leistungen der Blockpolitik gehörten die einstimmige Verabschiedung der von den Länderparlamenten ausgearbeiteten Verfassungen, die Bodenreform — die auch in Westdeutschland von der Bevölkerung gewollt wurde und nur am Veto der westlichen Besatzungsmächte gescheitert ist — und die Enteignung der Kriegsverbrecher.

In jenen Jahren arbeitete Otto Nuschke rege auch an der notwendigen Verwaltungs-, Justiz- und Schulreform mit. Ein besonderes Anliegen war ihm, den Umsiedlern eine neue Heimat zu geben. Schließlich nahm er sich noch der vielen politischen Neulinge an, die er durch die Übermittlung seiner Erfahrungen und durch sein Beispiel in die demokratische Praxis einführte.

Aber auch als Mitglied von Länderparlamenten mit ihrem begrenzten Wirkungsbereich ging sein Augenmerk weit über einen engen regionalen Rahmen hinaus. Von der Tribüne der Länderparlamente wollte er auf die Bevölkerung des ganzen

Landes wirken, noch über die damalige Demarkationslinie hinaus, und in ganz Deutschland Kräfte für die Durchführung der sozialen Neuordnung und die Erhaltung der nationalen Einheit mobilisieren.

So legte er am 8. Mai 1949 in einer Rede im Brandenburgischen Landtag die große Verantwortung dar, die die westdeutsche Politik übernimmt, wenn sie die Verbindung mit Ostdeutschland löst, wenn sie Spaltungsbewegungen Vorschub leistet und die Spaltung vertieft, wenn sie durch die Eingliederung Westdeutschlands in die aggressiven Allianzen der Westmächte Verrat an der nationalen Sache begeht. Hier gelte es, so erging sein Aufruf, dem nationalen Gedanken „mit Wucht“ Ausdruck zu geben.

An die große, von nationaler Sorge eingegebene Rede im ehemaligen Preußischen Landtag, mit der er weit in die Zukunft vorgestoßen war, erinnerte eine Rede Otto Nuschkes vor dem Deutschen Volksrat am 18. März 1948. Die Geschichte, so führte er aus, werde auch über Bonn hinwegschreiten, wie sie einst über den Nationalsozialismus hinweggeschritten ist:

„Bonn ist kein geschichtlicher Endpunkt. Dieses Werk wird eines Tages der Vergangenheit angehören. Was in Bonn Schlechtes zusammengebraut wird, wird der geschichtliche Wind verwehen.“

Aus dem Verständnis für die Folgen politischer Entscheidungen, die zwangsläufig andere nach sich ziehen, machte Otto Nuschke klar, daß jeder, der für den Westen optiert, in Wahrheit für den Krieg optiert. Die Leichtfertigen aber, die sich so gern damit trösten, daß „nichts so heiß gegessen wird, wie es gekocht wird“, konnte Otto Nuschke mit der ihm zuteil gewordenen Erfahrung abfertigen, daß in seiner Generation alles immer noch schlimmer gekommen ist, als es erwartet worden war.

So ist uns Otto Nuschke als Mitbegründer der Blockpolitik und Mitglied der ersten gesetzgeberischen Körperschaften in unserem Raum ein Vorbild aktiver Mitarbeit in der Errichtung des Volksstaates von unten auf, ein Beispiel politischen Verantwortungsbewußtseins in einer Stunde geschichtlicher Bewährung. Er half unserer jungen Demokratie, eine Chance zu nutzen, die 30 Jahre zuvor leichtfertig vertan worden war.

Auf dem Höhepunkt

Mit der Übernahme des Amtes eines stellvertretenden Ministerpräsidenten nach der Konstituierung der Deutschen Demokratischen Republik am 7. Oktober 1949 erreichte die insgesamt ein halbes Jahrhundert umfassende politische Wirksamkeit Otto Nuschkes ihren Höhepunkt. Als Mitglied der Regierung hatte Otto Nuschke vollen Anteil an den grundlegenden Gesetzen unserer Republik und an der

Gestaltung einer Politik, die dem Aufbau des Sozialismus, der Wiederherstellung der nationalen Einheit im Wege konstruktiver Vorschläge, der Freundschaft mit den Nachbarvölkern und der Leistung eines deutschen Beitrags für die Erhaltung des Friedens diene.

Ausgehend davon, daß das Nebeneinander und Miteinander ohnehin das Kennzeichen der menschlichen Gemeinschaft ist, zeigte er, wie die politische Logik und die Lehren der Geschichte in unserer Zeit ausmünden in der Forderung nach der Koexistenz der sozialistischen und kapitalistischen Staaten.

In der deutschen Frage unterstützte Otto Nuschke vor allem alle Bemühungen für die Bildung einer Konföderation der beiden deutschen Staaten, wie sie unsere Regierung im Sommer 1957 dem Westzonenstaat vorgeschlagen hat. Die historische Bedeutung dieser Vorschläge, die in ihrer Substanz auch in das neue Parteiprogramm der SED aufgenommen worden sind, unterlag für ihn keinem Zweifel. „Das große und geschichtlich Bedeutsame an unseren Vorschlägen ist“, so schrieb er am 28. Juli 1957 in der „Neuen Zeit“, „daß der aufgezeigte Weg endlich einen Anfang für die deutsche Wiedervereinigung bedeutet und daß gleichzeitig diese Wiedervereinigung Deutschland zur unantastbaren Friedensmacht machen würde.“

Das aber war für ihn das Entscheidende, das Vordringlichste: daß nach der jahrelang und systematisch betriebenen Spaltung Deutschlands durch die Westmächte und die Bundesregierung endlich ein Anfang gemacht werde mit der Hinwendung zu einer konstruktiven und realen Wiedervereinigungspolitik — eingedenk seiner bereits auf dem 3. Parteitag der CDU am 17. September 1948 erhobenen Forderung, stets dazu beizutragen, das Verhängnis nicht zu vergrößern, sondern einzuzengen, immer die Frage vor Augen: „Nützt das, was ich rede oder tue, dem großen, gemeinsamen Vaterland?“

Im August 1953 gehörte Otto Nuschke jener Regierungsdelegation an, die in Moskau wichtige Vereinbarungen mit der Sowjetunion traf, bestehend u. a. in der Lösung der Kriegsgefangenenfrage, in der ökonomischen Unterstützung der DDR durch die UdSSR und in dem Verzicht der Sowjetunion auf Reparationsleistungen mit Wirkung vom 1. Januar 1954. Zugleich hatte die Sowjetunion ihre Bereitwilligkeit betont, Deutschland im Kampf für sein Wiedererstehen als großes, unabhängiges, demokratisches und friedliebendes Land zu unterstützen.

Die Bedeutung dieser Gemeinsamkeiten wußte Otto Nuschke um so mehr zu schätzen, als er inzwischen auch, anlässlich eines Besuches der Sowjetunion in den Tagen der 30-Jahrfeier der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution im Jahre

1947, die großartigen Aufbauleistungen, die Friedensliebe und den Arbeitsenthusiasmus der Sowjetmenschen persönlich kennengelernt hatte. Was 17 Jahre früher bereits den großen indischen Dichter Rabindranath Tagore so stark beeindruckt hatte, wie es sich in seinen Briefen über Rußland widerspiegelt, die Dynamik des sowjetischen Lebens, die Atmosphäre des Lernens und die verändernde Kraft im Tun und Denken der Sowjetmenschen, das hatte sich nunmehr voll entfaltet. So konnte Otto Nuschke seine Eindrücke dahin zusammenfassen:

„Die Sowjetunion hat aus der Geschichte gelernt; sie weiß, daß der große Fortschritt der Menschheit nur auf der Straße des Friedens erreicht werden kann.“

Diese Gewißheit aber ist heute stärker denn je in uns, nachdem die Sowjetunion sowohl in der von England und Frankreich provozierten Suezkrise als auch 1962 in der Kuba-Krise den Beweis erbracht hat, daß sie noch in prekärer Situation den Frieden durch mutige und kühne Entschlüsse zu retten vermag.

Im Mai 1955 nahm Otto Nuschke mit Delegationen aus weiteren sieben Ländern an dem Abschluß des Warschauer Vertrags teil. Während Adenauer mit den Pariser Verträgen Westdeutschland einer aggressiven Allianz eingegliedert und damit in eine Sackgasse geführt hat, aus der es kein Vorwärts in die nationale Einheit gibt, während Bonn das Recht zu Verhandlungen über die Wiedervereinigung für einen Zeitraum von 50 Jahren an die Westmächte abgetreten hat, dient der Warschauer Vertrag, der jeder Macht den Beitritt freistellt, dem Frieden und der Zusammenarbeit, wobei er die Initiative in der deutschen Frage dem deutschen Volk beläßt.

In der Volkskammer, der Otto Nuschke vom ersten Tag ihrer Konstituierung an angehört hat, würdigte er den Vertragsschluß in Warschau mit den Worten: „Unsere DDR ist heute geschützter denn je.“ Und auch die Richtigkeit dieser Feststellung erfuhr später, anlässlich der Schutzmaßnahmen vom 13. August 1961, ihre Bestätigung.

Zu einem Markstein in der Entwicklung des deutsch-sowjetischen Verhältnisses wurde die Unterzeichnung des Vertrages über die Beziehungen zwischen der DDR und der UdSSR am 20. September 1955. Mit diesem Vertrag erhielt die Deutsche Demokratische Republik die volle Souveränität und die volle Entscheidungsfreiheit in allen Fragen der Innen- und Außenpolitik. Mit Genugtuung würdigte Otto Nuschke in der historischen Sitzung im Kreml-Palast diesen Vertrag als ein wahres Friedenswerk, ebenso nach der Rückkehr aus Moskau in den Veranstaltungen der Partei und in Aussprachen mit Vertretern der Kirche.

„Durch den Staatsvertrag wurde die Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik vertraglich bestätigt. Die Ent-

scheidungsfreiheit der Deutschen Demokratischen Republik, vor allem auch in allen Fragen der nationalen deutschen Politik, wurde ausdrücklich anerkannt.“ (Programm der SED)

Friedensbewegung wird zur Aktionsgemeinschaft

Zu einem beglückenden Erlebnis wurde Otto Nuschke seine Teilnahme am ersten Weltfriedenskongreß in Paris, erwies sich hier doch, daß die Friedensbewegung seiner Jugendjahre sich nunmehr zu einer weltumfassenden Gemeinschaft ausgeweitet hatte. Während die alte Friedensbewegung, wie es auch Otto Nuschke sich eingestanden hat, nur eine gelehrte Angelegenheit war, in der die Wissenschaftler, vor allem die Dichter, voranstanden, darauf beschränkt, ihren Zeitgenossen ins Gewissen zu reden, bildete das Lebenselement der neuen Friedensbewegung nicht mehr ein passiver unfruchtbarer Pazifismus, sondern der Kampf, die Verbindung mit den Massen, die Aktion.

Unter dem Eindruck dieser Wandlung sprach Otto Nuschke im Hinblick auf die Teilnehmer des Weltfriedenskongresses in Paris von Partisanen des Friedens, von dem Beginn einer neuen Widerstandsbewegung. Und auch von dieser Widerstandsbewegung erwartete er, daß sie eines Tages bestimmenden Einfluß auf das Geschehen erlangen wird. Daher seine feine Unterscheidung zwischen den Völkern und den Diplomaten, wie sie in dem Satz zum Ausdruck kam:

„Wo sind die Vereinten Nationen? — Die Vereinten Nationen sind hier. Auf der anderen Seite des Ozeans befinden sich nur die Diplomaten.“

Den Anfängen wehren

Mit wachsender Sorge betrachtete Otto Nuschke die Auswirkungen der westdeutschen Remilitarisierung und das Wiedererstehen faschistischer Gedanken, vor allem aber die Rückkehr alter, unverbesserlicher Nazis auf die Kommandohöhen der Wirtschaft, der Politik und der Bundeswehr in Westdeutschland. Wieder erging sein Ruf, den Anfängen zu wehren. Zu den Anklagen gegen die Bundesregierung gesellte Otto Nuschke zeitig auch Mahnungen an die Adresse der westdeutschen Bevölkerung, war ihm doch von Jugend auf die Politik stets auch mit persönlichen Entscheidungen verbunden.

Aus der Erwägung heraus, daß nichts unversucht gelassen werden darf, nahm Otto Nuschke nach der Überreichung eines sowjetischen Entwurfs für einen Friedensvertrag mit Deutschland, der bekannten Note vom 10. März 1952, auch an jener Delegation teil, die sich im Herbst des gleichen Jahres nach Bonn begab, um Klarheit zu schaffen über die Tragweite der unheilvollen Verstrickung Westdeutschlands in die aggressive

NATO-Allianz, über die Dringlichkeit einer gesamtdeutschen Selbstbesinnung und einer deutschen Aktivität.

Mit ernststen Worten wies Otto Nuschke darauf hin, daß die Milliarden, die Bonn für militärische Zwecke aufwendet, keine Aufwendungen für den Frieden darstellen, sondern Leistungen für einen neuen Krieg. Auch hier wieder faßte er mit der ihm eigenen journalistischen Prägnanz einen komplizierten Tatbestand in einen einfachen, jedermann verständlichen Satz zusammen, in die kurze, seitdem so oft wiederholte und mannigfaltig variierte Formel: „Ohne deutsches Fußvolk kein amerikanischer Krieg!“ — Aber schon damals setzte sich die Bundesregierung über alle nationalen Erfordernisse hinweg:

„Wider alle Vernunft lehnte die reaktionäre Adenauer-Clique dieses Angebot (das Angebot freier Wahlen) ab. Sie verhinderte den Abschluß eines Friedensvertrages, um ihre antinationale Politik der Aufrüstung verwirklichen und den aggressiven Drang des Imperialismus und Militarismus nach dem Osten in die Tat umsetzen zu können. Damit wurde schon 1952 deutlich, daß die Wiedervereinigung Deutschlands die Überwindung des reaktionären Regimes in den Westzonen durch die fortschrittlichen Kräfte in Westdeutschland zur Voraussetzung hat.“ (Grundriß, S. 164)

Staat und Kirche

Bereits in den Jahren seiner Mitgliedschaft im Nationalsozialen Verein Friedrich Naumanns hatte Otto Nuschke erkannt, daß die Überwindung der Folgen, die sich aus dem Versagen der Kirchen gegenüber der sozialen Frage im 19. Jahrhundert ergeben hatten, Mühe und guten Willen auf beiden Seiten voraussetzen. So lag ihm die Herausbildung eines guten Verhältnisses zwischen der DDR und den Kirchen, die im Zeichen des sozialistischen Humanismus in unserer Republik die Möglichkeit für eine fruchtbringende Zusammenarbeit mit dem Arbeiter-und-Bauern-Staat gewonnen hatten, besonders am Herzen. Denn das stand für ihn, wie er es am 19. Mai 1953 anlässlich eines Besuchs in Prag ausgesprochen hatte, unverrückbar fest: „Der Platz des Christen befindet sich an der Seite der Kämpfer für Frieden und Sozialismus.“

In der Regierung der DDR verantwortlich für die Verbindung zu den Kirchen, sorgte Otto Nuschke dafür, daß namhafte Beträge aus Staatsgeldern für den Wiederaufbau kriegszerstörter Kirchen zur Verfügung gestellt wurden. So erstanden, teilweise aus Schuttbergen, in alter Pracht wieder jene gewaltigen Dome des Mittelalters, die den Gläubigen geweihte Stätten der Andacht, der gesamten Nation Bauwerke von Weltruf bedeuten, steinerner Ausdruck gläubiger Inbrunst und architektonischer Gestaltungskraft.

Die Juden in Deutschland, deren Reihen durch die Faschisten so fürchterlich und in so grausamer Weise gelichtet

worden waren, erhielten aus Staatsmitteln die notwendigen Gelder für den Wiederaufbau der Synagogen, an deren Wiedereinweihung Otto Nuschke, so am 1. September 1957 in Erfurt, persönlich teilnahm.

Gern nahm Otto Nuschke auch an den großen Laientagungen der evangelischen Kirche, den Kirchentagen, teil, so in Berlin, Frankfurt/Main und in Leipzig, bis die durch den Militärseelsorgevertrag herbeigeführte institutionelle Verflechtung der evangelischen Kirche mit dem NATO-Staat dem ein Ende machte.

Wenn heute die CDU der DDR auch mit den Christen des Auslandes eng verbunden ist, dann hat auch daran Otto Nuschke einen großen Anteil. An jedem Parteitag der CDU seit 1950 nahmen christliche Persönlichkeiten aus Ost und West in erfreulich großer Zahl teil. Eine besonders herzliche Freundschaft entwickelte sich dabei zwischen dem Vorsitzenden der CSL, dem Minister für Gesundheitswesen in der CSSR, Dr. Plojhar, der den christlichen Menschen der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik den Weg in den Sozialismus geebnet hat, und Otto Nuschke. Gute Beziehungen bildeten sich weiterhin zur Russisch-Orthodoxen Kirche und zur Pax-Bewegung in Polen heraus. Ferner bestanden gute Beziehungen zu profilierten christlichen Persönlichkeiten Englands und Frankreichs und zur christlichen Kirche in China.

Als Otto Nuschke, besorgt über die Entwicklung der Anwendungsmöglichkeiten der Atomenergie für militärische Zwecke, sich an Papst Pius XII. wandte, erwiderte der Papst mit einem Telegramm, das der Übereinstimmung darüber Ausdruck gab, daß die Atomenergie nur friedlichen Zwecken dienen darf.

So war es ein vielseitiges Wirken, das Otto Nuschke zwischen dem Jahr des Neubeginns 1945 und dem Todesjahr 1957 entfaltet hat, mit seiner Arbeit in den ersten Jahrzehnten nach der Jahrhundertwende verbunden durch die demokratische und humanistische Zielsetzung. Von ihm stammt das Wort „Ex oriente pax“, ausgesprochen am 15. September 1950 auf dem 5. Parteitag, heute die Inschrift unseres Parteisymbols, Ausdruck der Gewißheit, daß der Sozialismus den Frieden bedeutet.

Dieser neuen Welt galt die Hoffnung, die Sehnsucht und die Tatkraft Otto Nuschkes als Journalist, Politiker, Parteiführer und Staatsmann. Von ihr durchdrungen, hat er sich, was er einst einem Parteiführer hoch angerechnet hat, der neuen Welt nicht im Trauergewande genah, sondern voller Optimismus, vor Augen die Signale einer neuen Zeit, in der die volle Entfaltung der konstruktiven Kräfte es ermöglicht, nach den Sternen zu greifen. Und diese Zeit wird mit dem Aufbau des Sozialismus schließlich auch dem Krieg ein Ende machen und so die kühnsten Träume der Humanisten und der Demokraten der ganzen Welt erfüllen.

Von den bisher erschienenen Titeln der Reihe „Hefte aus Burgscheidungen“ sind noch folgende Nummern lieferbar:

- 2 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Ökumene und Weltfriedensbewegung
- 6 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Auf dem Wege zur Wiedervereinigung Deutschlands
- 8 Günter Wirth: „Europäische Einigung“ oder Europa des Friedens?
- 18 Hubert Faensen: Die künstlerische Gestaltung der christlichen Existenz im Sozialismus
- 19 Gertrud Illing: Der 20. Juli 1944
- 23 Herbert Trebs: Sozialistische Kulturrevolution und christlicher Glaube
- 24 Günter Wirth: Zur Politik der Christlich-Demokratischen Union 1945 bis 1950
- 26 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Afrika — Einige seiner Probleme
- 27 Duong-Van-Dam: Die Lage des Katholizismus in Vietnam
- 28 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Albert Schweitzer zum 85. Geburtstag
- 33 Dr. Bohuslav Pospíšil: Die Prager Christliche Friedenskonferenz
- 54 Prof. Dr. Amedeo Molnár: Johannes Hus, der Wahrheitsverteidiger
- 57 Die Bewegung nationaler Christen in Indien (The Indian National Hindustani Church)
- 58 Hermann Kalb, Adolf Niggemeler, Karl-Heinz Puff: Weg und Ziel der Adenauer-CDU — Zu einigen Fragen ihrer antinationalen Politik
- 59 Siegfried Welz: Der algerische revolutionäre Befreiungskrieg
- 61 Hans Zillig: Der Christ in der sozialistischen Landwirtschaft
- 62/63 Alwin Schaper: Der nationale Gedanke und der Kampf für den Frieden
- 64/65 Rolf Börner: Die verräterische Politik der Führung der Adenauer-CDU im Spiegel ihrer Parteiprogramme (1945 bis 1961)
- 66 Gertrud Illing: Der deutsche Kolonialismus und der Neokolonialismus des Bonner Staates
- 67 Christen und Marxisten verbinden gemeinsame Ziele und Ideale — Das Gespräch des Vorsitzenden des Staatesrates, Walter Ulbricht, mit einer Delegation von Theologen, kirchlichen Amtsträgern und christlichen Bürgern am 9. Februar 1961
- 68 Alwin Schaper: Antikommunismus — Instrument der Kriegsvorbereitung
- 70 Dr. Helmut Roob: Erbe und Vorbild — der frühbürgerliche Humanismus in der Sicht unserer Zeit

- 71 Siegfried Welz: Kubas Weg in die Freiheit
- 75/76 Dr. Gerhard Desczyk: Vermächtnis und Ansporn — Fortschrittliche christliche Traditionen
- 77 Alwin Schaper: So wurde Deutschland gespalten
- 78 Gerald Götting: Die Notwendigkeit der gesellschaftlichen Neuorientierung der Christenheit in Deutschland. — Die Kirche und das Nationale Dokument
- 79 Dr. Heinrich Toeplitz: Der deutsche Friedensvertrag ist notwendig
- 80 Rolf Börner: Die Verantwortung der Christen bei der Lösung der nationalen Frage in Deutschland
- 81 Gerald Götting: Entscheidung des Christen für die Sache der Nation
- 82/83 Siegfried Welz: Lateinamerika tritt auf den Plan
- 84/85 Prof. Dr. Gerhard Kehnscherper: Christliche Existenz in der sozialistischen Ordnung
- 86 Die Christlich-Demokratische Union in der Deutschen Demokratischen Republik
- 87 Zu weiteren Erfolgen in der vollendeten sozialistischen Gesellschaft
- 88 Johannes Oertel: Die Welt des Landesbischofs Lilje — Eine Auseinandersetzung
- 89 Briefe an einen Pfarrer
- 90 Fritz Beyling: Morgenröte unserer neuen Zeit
- 91 Luitpold Steidle: Das große Bündnis

Verkaufspreis 0,50 DM — Doppelheft 1,— DM